Neoliberales Paradigma (NLP) – Idealtypisch:

Reelle Entwicklung in der Schweiz?

Bezug zum Erfolgsmodell Schweiz?

Zukunft des Neoliberalen Paradigma?

Ruedi Meier

Bürglenstrasse 35

3006 Bern

www.ruedimeier.ch

20. September 2022

Inhalt

Zusammenfassung/Fazit/Thesen. Folien 3 – 9.

1. Neoliberales Paradigma (NP) – Idealtypisch: Erklärung des Erfolgsmodell Schweiz? - Übersicht. Folie 10.

2. Eigentum: Hoher Anteil öffentliches Eigentum/Vermögen

2.1 Eigentum: Privat? Beispiel Stadt Zürich. Das Rote Zürich

2.2 Eigentum, Marktformen: Genossenschaften spielen bedeutende Rolle

3. Markt als selbstregulierende, spontane Ordnung? Fiktion aus dem Märchenbuch – Überblick

3.1. CH-Wirtschaftsstruktur: Breit gefächert, international konkurrenzfähig en

3.2 Rund 600’000 CH-Unternehmen, davon 0.28% Grossunternehmen > 250 Beschäftigte

3.3 Grosskonzerne in geringer Zahl mit hohem Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteil

4. Verbandsstaat: Verbände, Organisationen, NGO, Wirtschaftsverbände aus Sicht der Unia

5. Bedarfswirtschaft: Unbezahlte Arbeiten

6. Verhalten: Rolle Shareholder Value?

7. Infrastrukturen: Infrastrukturpolitik ist ein zentraler Politikbereich von Bund, Kantonen und Gemeinden.

7.1 Forschungs- Bildungspolitik

7.2 Forschungs- und Innovationspolitik im Clean-Tech-Bereich

8. Soziale Sicherheit: Ausgebautes soziales Sicherheitsnetz mit steigendem Anteil am BIP.

8.1 Privates Gesundheitswesen? Staat, privat, Pseudowettbewerb?

9. Konjunkturpolitik/Strukturpolitik: Unnötig. Schädlich, kontraproduktiv?

9.1 Strukturpolitik: Landwirtschaft, Regionalpolitik, z.B. Bus Alpin, Tourismus, Schweiz Mobil, Innovationspolitik, Kunst-Kultur-Politik

Neoliberales Paradigma - NLP: Zusammenfassung/Fazit/Thesen

- **Überblick:** Der Neoliberalismus ist in den 30-er Jahren u.a. als Reflex auf die sowjetische Planwirtschaft und den Nationalsozialismus – quasi als Dritter Weg - entstanden. Er umfasste ein breites Spektrum von Ideen und Ansätzen, indem etwa auch der Ordo-Liberalismus mit der sozialen Marktwirtschaft vertreten ist. Ab spätestens den 70-er Jahren wird der Neoliberalismus primär mit F. A. von Hayek und Milton Friedman identifiziert. Eine ausführliche Darstellung dazu hat dazu Johan Bucher verfasst. In den vorliegenden Ausführungen gehen wir davon aus und formulieren in zugespitzter Form ein «Neoliberales Paradigma – NLP». Gemäss der folgenden Übersicht «Neoliberales Paradigma (NLP) – Idealtypisch: Erklärung des Erfolgsmodell Schweiz?» - siehe Folie 7 – gehen wir von zentralen Dimensionen für eine paradigmatische Definition des «Neoliberalismus» aus: Privates Eigentum**;** Wettbewerbsorientierter Markt mit vielen Anbietern/Nachfragern sowie vollständige Information, Transparenz; Verhalten gemäss «Homo Oeconomicus»; regelgebundene Geld- Währungspolitik; Minimal-Staat; Öffentliche Güter, Forschung/Bildung, Infrastrukturen privat organisieren; Verteilungsgerechtigkeit höchstens in Notfällen; Keine Konjunktur- und Strukturpolitik etc. Die einzelnen Dimensionen werden bezüglich Konzeption und Ausgestaltung kurz skizziert. Zudem wird eine kurze, stichwortartige Beschreibung der effektiven Entwicklung für die Schweiz im Überblick dargelegt.
- **Detailanalyse von einzelnen Dimensionen des NLP**: In einem zweiten – ausführlicheren - Teil werden einzelne Dimensionen genauer angeschaut: Ist das Eigentum in der Schweiz primär - oder gar ausschliesslich – «privat», wie das vom Neoliberalen Paradigma postuliert wird? Gilt nur das kurzfristige Profitdenken zugunsten des Shareholder-Value? Wie ist der Markt effektiv organisiert? Welche Rolle spielen zum Beispiel Genossenschaften? Welche Rolle spielen Verbände, Organisationen, NGO etc.? Folgen sie dem Neoliberalen Paradigma? Etc. usw..
- **Wer vertritt das NLP?**: Die Befunde sind – auch bei beschränkter – Empirie vielfältig: Das Neoliberale Paradigma hat in der Schweiz in der politischen Debatte – was hier nicht untersucht wird – seit Anfang der 70-er Jahre eine zunehmend wichtigere Rolle gespielt. Als «Highlights» sind etwa der FDP-Slogan «Weniger Staat – Mehr Freiheit», das «Weissbuch von de Pury et al.» oder die Publikationen von Prof. Walter Wittmann, vor allem in der Wirtschaftspresse mit grossem Wiederhall, zu erwähnen. Die Finanzkrise, die Pandemie und die Folgen des Krieges von Russland in der Ukraine versetzten dem Neoliberalen Paradigma sicher einen Dämpfer. Im Prinzip ist es aber etwa bei der NZZ, Teilen der FDP und SVP sowie etwa von AvenirSuisse oder vom Liberalen Institut das NLP immer noch zentraler Dreh- und Angelpunkt ihres politischen Diskurses: Das NLP wird als Leitbild für die Politik und Wirtschaft im positiven Sinn hochgehalten. Damit stellt sich gleichzeitig die Frage, ob das NLP wirklich ein oder gar der Garant für das Erfolgsmodell Schweiz darstellt?

Das NLP ist aber auch in der Linken Debatte virulent: Eine mehr oder weniger ausgeprägte Politik Richtung NLP wird identifiziert und – insbesondere - negative Entwicklungen werden auf das NLP zurück geführt. Im Prinzip werden das NLP mit dem «Kapitalismus» gleichgesetzt und konsequenterweise dessen Abschaffung verlangt.

Das NLP - Eine Fiktion mit abnehmender realer Bedeutung: Eine – wenn auch verkürzte – Analyse der reellen Entwicklung zeigt, dass das neoliberale Paradigma in weiten Bereichen in der Praxis eher zurück gedrängt wurde: Das Staatseigentum nimmt zu. Der «reine Markt» mit vielen Anbietern und Nachfragern ist in der Realität durch eine Vielfalt von Marktformen geprägt: Monopole, Oligopole, Genossenschaften, Kooperationen etc. Vor allem aber werden die Märkte zunehmend stärker über mehr Standards und Normen aus sozialen, ökologischen, sicherheitstechnischen Gründen reguliert bzw. gesteuert. Die Gesetzes-, Verordnungs- und Richtlinienflut ist eine Tatsache. Es werden zunehmend mehr Interventionen zur Beseitigung von externen Effekten, Behebung unvollständiger Information etc. vorgenommen.

Blinder Fleck 1 des NLP - Verbandsstaat: Verbände, Organisationen, NGO etc. spielen eine zunehmend wichtigere – allerdings wenig erforscht – Rolle mit ihrem Einfluss auf die Politik, ihren vielfältigen Dienstleistungen und Netzwerken. Ihr Verhalten beruht auf Kooperation, Vertrauen, aber auch der Wahrung von Gruppeninteressen. Im NLP kommen diese Bindeglieder zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gar nicht vor, oder dann als höchst unerwünschte «Übeltäter», welche die optimalen Ergebnisse des reinen Marktes negativ beeinflussen. Neoliberale Theoretiker reagieren auf den Verbandsstaat gar nicht, weil es ihn gemäss dem NLP gar nicht geben darf, oder aber verärgert, weil er die optimale Allokation von vielen privaten Anbietern und Nachfragern in ihrer Sichtweise nur negativ stört. Die positiven Leistungen werden schlicht nicht wahrgenommen und positiv gewürdigt.

Blinder Fleck 2 des NLP - Bedarfswirtschaft: Als zweiter blinder Fleck des NLP ist die breite «Bedarfswirtschaft» - neben und in Kooperation mit dem «Markt» - mit unbezahlter Arbeit mit ca. 400 Milliarden Franken (ca. 1/2 des BIP) zu beachten. Dieser meist übersehene gigantische Bereich spielt für Konstitution und Funktionsfähigkeit des «Marktes» und der Gesellschaft, ja die gesamte die Wohlfahrt eine grosse Rolle.

Verhalten - «Homo Oeconomicus»: Der «Homo Oeconomicus» als zentrale Verhaltensmaxime des NLP stellt eher die Ausnahme wie die Regel dar: Bounded Rationality, Emotionen, Herdenverhalten, Traditionen, Gewohnheitsverhalten, Transaktionskosten sind auch im Marktbereich im engeren Sinn dominierend. Es kommen vielfältige Verhaltensformen dazu: Altruismus, Vertrauen, Kooperationen etc. Insbesondere ist auch für die Bedarfswirtschaft und dem öffentlichen Sektor nicht vom klassischen «Homo Oeconomicus» auszugehen. Ist der «Homo Oeconomicus» definitiv ein Fall für das Museum?

Geld- und Währungspolitik – Weit entfernt von der reinen Lehre des Monetarismus als Teil des NLP: Die Geld- und Währungspolitik der letzten 25 Jahre – ohne hier in Details zu gehen - hat mit dem Monetarismus als regelgebundene Politik gar nichts mehr zu tun. Es sind massivste Interventionen durch die SNB vorgenommen worden, die mit riskanten Effekten auf Wachstum, Verteilung und Inflation verbunden sind.

«Roter Fleck 1»: Zentrale Rolle Staat mit zunehmender Bedeutung – Wir sprechen hier und den Folgenden zwei Punkten nicht von «Blinden Flecken» sondern von «Roten Flecken». Die Dimensionen werden sehr wohl wahrgenommen. Im Falle des Staates soll sich dieser aber auf nur wenige Funktionen (Sicherung von Ruhe und Ordnung sowie des Privateigentums) beschränken: Es soll im Gegensatz zur reellen Entwicklung bewusst möglichst nicht interveniert werden, da der Markt ohnehin alle Probleme löst: Der öffentliche Sektor – mit tendenziell steigender Bedeutung – wird vom NLP sehr wohl beachtet, aber grundsätzlich – ausser den Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen - negativ taxiert. Je nach statistischer Erfassung beträgt der Staatsanteil bis gegen 50 Prozent des BIP. Es werden wirtschaftspolitische Ziele verfolgt: Wachstum, Beschäftigung, Verteilung regionale/sozial, Wettbewerbsfähigkeit/Aussenwirtschaft. «Neue gesellschaftliche» Ziele spielen eine zunehmend wichtigere Rolle: Menschenrechte, Integration, Diversität etc.. Offensichtlich werden jenseits des NLP Ziele verfolgt und Bedürfnisse abgedeckt. Der Staat hat sich vom Nachtwächter-, zum Leistungs-, und Sozialstaat entwickelt.

«Roter Fleck 2»: Öffentliche Infrastrukturpolitik als tragendes Fundament: Die Infrastrukturpolitik ist stark staatlich geprägt. Neue Regulierungen wurden wohl getroffen, die vielmals zu einer bedürfnisorientierteren Versorgung führten: Swisscom, Verkehr, Post etc. Für den Strommarkt kommen wir allerdings zu einer kritischen Einschätzungen der eingeleiteten Teilliberalisierung (siehe ausführlich Paper «Strommarkt»). Der europäische Strommarkt führte insgesamt sehr wohl zu Kosteneinsparungen (ca. 150 Milliarden CHF). Der verstärkte Wettbewerb führte zu einer günstigeren Versorgung, vor allem für die freien Kunden. Die Akteure wurden mit ihren Rollen gerecht oder gar mit Spekulationen weit übertrieben. Der Versorgungssicherheit (Grossrisiko mit möglichen Schadenskosten von ca. 180 Mrd. CHF/a) und den Umwelt- und Klimazielen (> 30-50 Mrd. CHF Schadenskosten/a) wurden aber spätestens bei der Teilliberalisierung überhaupt nicht das nötige Gewicht beigemessen. Die entsprechenden Risiken blieben aussen vor. Im Prinzip handelt es um klares Politikversagen. Der verpasste Einbezug der Risiken mit den hohen Schadenskosten von insgesamt mehreren Hundert Milliarden erleben wir zur Zeit in verschiedenen Dimensionen. Eine Marktöffnung bei zentralen öffentlichen Gütern ohne Beachtung gesellschaftlicher Schadenskosten ist fatal. Der Markt kann die Schadenskosten nicht von alleine bewältigen.

«Roter Fleck 3»: Konjunktur- und Strukturpolitik – ein Eldorado für Etatisten – Kooperatisten und Unbezahlter Arbeit: Die vom NLP abgelehnte Konjunktur- und Strukturpolitik treibt immer wieder neue Blüten: Dabei nimmt die Landwirtschaftspolitik mit einer als gescheitert zu bezeichnenden Planwirtschaft in Sachen Interventionismus, Verbandsaktivitäten, Genossenschaften, Freiwilligenarbeit etc. einen absoluten Spitzenplatz ein, der laufend gedopt wird. Wohl ist etwas mehr Marktnähe entstanden, von einer Neoliberalen Orientierung kann aber mit dem besten Willen nicht gesprochen. Die Regional- und Struktur-/Innovationspolitik hat sich weiter Raum verschafft. Forschung, Bildung, Kultur werden stark – und vermehrt - durch den Staat geprägt. In vielfältiger Weise ist ein Wechselspiel von Staat und Markt, vor allem aber auch den «Blinden Flecken» Vereine, Organisationen, NGO sowie «Unbezahlte Arbeitszeit» festzustellen. Die Interessen der Zivilgesellschaft finden in einem hohen Ausmass Eingang in das Wirtschafts- und Sozialleben.

Grossunternehmen als Trostpflaster für Verfechter des NLP und Globalisten? Klare Annäherungen an das NLP sind bei den Grossunternehmen (z.B. Aktienrechtsreform mit Internationalisierung) und der Finanzwirtschaft festzustellen. Globalisierung und Internationalisierung mit mehr Wettbewerbsdruck haben stattgefunden. Die entsprechenden Grossunternehmen machen zahlenmässig mit unter 0.3 % einen geringen Anteil am Total aller Unternehmen aus. Beschäftigungsmässig sind es rund ein Drittel aller Beschäftigten, wertschöpfungsmässig machen die Grossunternehmen gegen 40% am BIP aus. Damit wird die CH-Wirtschaft stark durch die Grossunternehmen geprägt. Sie haben stark zum wirtschaftlichen Umbruch beigetragen. In verschiedener Hinsicht löst dies auch Kritik aus: Dominanz durch ausländisches Kapital, neue Managementmethoden und Verhaltenscode mit Gefährdung der «CH-Identität», Bedrohung der CH-Berufsbildung etc. Teilweise wurden auf nationaler Ebene vermehrte Anstrengungen zur Regulierung negativer Auswirkungen angestrebt (z.B. Konzernverantwortungsinitiative). Grösstenteils sind es aber internationale Anstrengungen, welche negative Auswüchse bekämpfen: z.B. Bankgeheimnis, Regulierungen im Steuerbereich.

Bilanz zum NPLP

Insgesamt kann nicht von der Durchsetzung des NLP auf breiter Front gesprochen werden. In verschiedenen Bereichen ist vielmehr eine Abkehr vom NLP festzustellen. Das Erfolgsmodell Schweiz erklärt sich durch einen Mix von diversen Kräften: Einerseits verstärkte Internationalisierung mit dem Ausbau einer starken Wettbewerbsposition (Vergl. dazu Paper «Indikatoren», andererseits Weiterentwicklung der Blinden Flecken 1 («Verbandsstaat») und 2 («Unbezahlte Arbeit»), aber auch der «Roten Flecken», d.h. der Stärkung der staatlichen Leistungen auf breiter Ebene mit einer verbesserten öffentlichen Infrastruktur mit grösserer Wettbewerbsfähigkeit und Marktnähe sowie einer mehr oder weniger erfolgreichen Strukturpolitik. Der wachsende Sozialstaat mit ausgleichender, integrativer Wirkung ist ebenfalls als Erfolgsfaktor zu verbuchen. Das ausgeprägte öffentliche Eigentum – mit wachsenden Anteilen – führt kaum zu Allokationsdefiziten. Vielmehr trägt es zur Systemstabilisierung und vor allem auch zum sozialem Ausgleich bei.

Exkurs: Wie würde die Schweiz aussehen, wenn sich das NLP durchgesetzt hätte? Mit Sicherheit würde die Schweiz in den diversen Ratings keine Spitzenplätze mehr belegen, wenn auch beim Faktor „Tiefe Steuern“ der erste Platz belegt würde. Die Ungleichheiten in sozialer und regionaler Hinsicht wären viel grösser. Grosse Teile der Bevölkerung würden in Armut leben. Zur Sicherung der Existenz würden allenfalls einige Brosamen abfallen. Die negative Einkommensteuer gemäss Friedman wäre mit geringem bürokratischen Aufwand eingeführt worden, der grosse Teil des Sozialstaates abgeschafft bzw. privatisiert. Die breite, wenn auch teure Gesundheitsversorgung, wäre privatisiert. Nur noch wenige könnten sich eine angemessene Gesundheitsversorgung leisten. Die Lebenserwartung würde rapide abnehmen. Gut- und Spitzenverdiener könnten ihr Vermögen mit Steuerabzügen noch rascher akkumulieren. Die Randregionen würden grösstenteils zu sozialen Brachen, wie sich das mal einige Stararchitekten im Solde der ETH ausgedacht haben. Die Landwirtschaft hätte noch einige Tausend Beschäftigte, die sich vor allem mit Viehzucht und einigen Spitzenprodukten in top Ökoqualität für eine verwöhnte Oberschicht über Wasser halten würde. Für die Ökologie wäre es ein – kaum bewusst – gewollter Segen: Futter- und Düngermittelimporte wären zu teuer, Herbizide, Pestizide würden kaum mehr zugekauft. Die Schadstoffbilanz der Böden würde sich erholen. Die breite Bevölkerung ernährt sich von amerikanischem Weizen und aus holländischen Güggelifarmen, Marke „Rotterdam“.

Das bäuerliche Bodenrecht ist abgeschafft. An privilegierten Lagen schiessen exklusive Villen und neoromantische Schlösser in den Himmel, ein neues Beschäftigungsfeld für eine sonst darbende Baubranche, der die Aufträge der öffentlichen Hand, dem Mehrfamilienhausbau für breite Schichten sowie für Industrie und Gewerbe weggebrochen sind.

Die Berufsbildung hat sich nach englischem Muster entwickelt: Kurzfristig sind höhere Löhne für Lehren ohne grosse Qualifikation bezahlt worden. Der Lohnkampf der Gewerkschaften hat sich als ihr letzter Akt erwiesen. Der Abschluss von GAV hat sich mit dem Abseitsstehen der Schweiz vom regulierten – auf Ausgleich bedachten EU-Binnenmarkt - ohnehin ganz im Sinn des Despoten von Herrliberg erledigt. Der liberalisierte Arbeitsmarkt ohne diverse Schutzklauseln steht mit Arbeitslosenquote von 10 und mehr Prozent in voller Blüte. Eine Reservearmee steht für leichte, flexible Arbeitseinsätze jederzeit zur Verfügung. Der breiten, differenzierten, wertschöpfungsstarken CH-Wirtschaft fehlen qualifizierte Arbeitskräfte. Die abgeschaffte öffentliche Forschungs- und Innovationspolitik beschleunigt den Niedergang der international wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Die Schweiz ist für das internationale Kapital uninteressant. Nur noch notorische Steueroptimierer und Steuerhinterzieher suchen einen Standort im Alpenland.
Die privaten Infrastrukturbetreiber konzentrieren sich nur noch auf rentable Bereiche. Wasser und Abwasser steht an Topstandorte mit Vollkostentarifierung zur Verfügung. Hingegen zerfällt die flächendeckende Wasser- und Abwasserversorgung langsam. Die teilweise exorbitanten Gebühren ohne Querfinanzierung können nicht mehr bezahlt werden. Es fehlt auch ausgebildetes Fachpersonal. Mit der Abschaffung von Grenzwerten und Qualitätskontrollen fällt die Misere allerdings erst nach Jahren der offensichtlichen Übersterblichkeit auf. Abfälle werden vermehrt in Afrika – wegen nicht finanzierten Verwertungsanlagen vor Ort – entsorgt. Der schlechte Zustand der Strassen rechtfertig endlich die Anschaffung von robusten, geländegängigen SUV. Das Engadin, Gstaad und einige weitere Nobelorte, aber auch die Hotspots an den Gestaden des Lac Leman-, Sarner-, Zuger-, Zürichsee werden – anfänglich von sehr teuren - bifazilen Solaranlagen und Windanlagen in den Alpen mit Ökostrom versorgt. Alpine Hoteliers rauben sich die Hände über die neue Touristikattraktionen, nach dem viele Angebote wegen fehlender Unterstützung weggebrochen sind. Der grosse Rest der Bevölkerung lebt vom Versprechen auf sauberen, sicheren Atomstrom. Wegen fehlenden öffentlichen Mitteln ist der AKW-Neubau aber eine Illusion. Nach einem Gau im AKW-Gösgen sorgt eine schwer bewaffnete Privatpolizei, dass mit Sonderbewilligungen und strahlenresistenten Spezialfahrzeugen (eine private Investition vom Marsbesessenen Elon Musk) das schweizerische Mittelland von ausgewählten Personen überhaupt noch passiert werden kann. Einerseits laufen Monsterprozesse über das Versagen des unter politischen Druck gesetzten ENSI. Anderseits finden an den ausgewählten AKW-Standorten an heissen Wochenenden bei Temperaturen von über 40°C regelmässig Schlachten zwischen in Energiearmut versunkenen Schichten und privaten Sondereinheiten von französischen Flics statt. Sie sind froh, dem längst verarmten und atomar verseuchten Frankreich für einige Franken entfliehen zu können. Eine ironische Umkehr der Geschichte.

Zur Zukunft des Neoliberalen Paradigmas - NLP:

Theorien entwickeln sich entlang der realen Entwicklung (das Sein bestimmt das Bewusstsein).

NLP funktioniert in abgewandelter Form weiter, insbesondere im globabilisierten, wertschöpfungsstarken Teil der Wirtschaft. Daneben entwickeln sich die «Blinden» und «Roten» Flecken unterstützend und konkurrierend weiter: Wir gehen davon aus , dass – trotz Krisenanfälligkeit und Verwerfungen - der Kern des internationalen und nationalen Marktsystems in seiner hybriden Ausgestaltung mit «Blinden Flecken», vor allem aber auch ausgebautem Sozial- und Leistungsstaat sich dynamisch weiter entwickeln wird, weitere Produktivitätsfortschritte erzielt werden und mehr Wohlstand generiert. Das NLP kommt nur in grober Annäherung – insbesondere im internationalisierten Teil der Wirtschaft – «zum Zuge», aber auch da finden sich deutliche Korrekturen (Standards, Kooperationen, öffentliche Infrastrukturen und Leistungen, soziale Sicherheit etc.).
In weiten Bereichen der Wirtschaft wird nach abgewandelten Regeln und Organisationsprinzipen gespielt bzw. alloziert. Dies führt – entgegen dem NLP – nicht zu Verlusten oder einer Schwächung der Wirtschaft. Vielmehr wird ein breites Spektrum von Bedürfnissen und Anliegen aktiv aufgenommen, wie sie in einer modernen Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen und die Schweiz mit ihrem hybriden System regelmässig Spitzenplätze in weltweiten Rankings einnimmt. Dabei gilt, je autonomer, selbstbestimmter und vor allem mit hoher Leistungsfähigkeit in Teilbereichen – teilweise aber auch bei komplexen Strukturen – gesteuert wird, desto grössere Erfolge können ausgewiesen werden. Das klassische Beispiel stellt die CH-Berufsbildung dar. Selbstregulierungen mit «Markt», traditionellen und neuen Organisationen, Unbezahlte Arbeit und einem eher zurückhaltenden Staat, aber wohldosierten, griffigen Interventionen am richtigen Ort, ist ein – oder das – zentrale Erfolgsrezept für die erfolgreiche Schweiz.

Zentrale Probleme sehen wir bei einer notwendigen Politiksteuerung. In diversen Bereichen ist Politikversagen unübersehbar: Notorische Überlastung in der Problemerkennung und Konsensbildung. Fehlende Voraussicht bei zentralen Fragen etc.

Institutionelle Reformen zur Leistungssteigerung der Politik: Es ist fraglich, inwiefern institutionelle Reformen (9 statt 7 Bundesräte), Stärkung des Präsidialamtes etc. die Leistungsfähigkeit des politischen Systems verbessern könnte. Am wirksamsten dürften wohl Massnahmen zur Qualifizierung der zentralen politischen Akteure sein.

Hohe Schadenskosten als Ausganspunkt der Neuregelung von Politik und Wirtschaft: Zur Bewältigung zentraler Zukunftsfragen ist bei den zentralen Problemen anzusetzen. Die Themenfelder mit hohen Risiken bzw. hohen Schadenkosten sind zu identifizieren. Grossrisiken wie Strommangellage; Pandemie; Klima (Hochwasser, Flüchtlingswelle, Sturm, Kälte- und Hitzewelle, Trockenheit etc.); KKW-Unfälle etc.. Eventuell sind auch Finanzrisiken und die Verteilung in den Risiko-Katalog einzubeziehen. Grossrisiken sollten in der Politik institutionell und systematisch eine weit grössere Bedeutung zukommen. Die Risikobewältigung mit Vorsorge, Schadensbeseitigung müssten systematisch und regelgebunden Eingang in die Politik finden. In Anlehnung an die Schuldenbremse sind bindende Regeln für das Angehen der Probleme aufzustellen. Die Wahl und Definition der Grossrisiken ist demokratisch zu bestimmen. Es müssen klare Ziele, Problemlösungen und Vorsorgeprinzipien verankert werden. Die Grossrisiken müssen den Niederungen der Tagespolitik entzogen werden. Der Markt alleine wird die Risiken nicht bewältigen, auch wenn einzelne Akteure – nicht nur profitgetrieben - grossartige Beiträge für eine nachhaltigere Gesellschaft leisten. Mit einem systematischen Einbezug der Grossrisiken wird ein konzentrierter, handlungsfähiger Staat forciert, dem aber gleichzeitig etwa in finanzieller und personeller Hinsicht Grenzen gesetzt werden sollen. Es wird bewusst ein Zwang geschaffen, dezentrale, leistungsfähige marktliche und/oder kooperative Systeme – auch unter Bezug von Unbezahlter Arbeit - zu nutzen. Eine allmächtige Planwirtschaft dürfte hingegen kaum zum Ziel führen.

Soll das NLP abtreten, nachdem sich offenbar die Realität nicht danach ausrichten will und sich sogar zunehmend davon abwendet? Wir vertreten dezidiert die Meinung, dass dieses Begräbnis nicht inszeniert werden sollte. Der Kern des NLP ist die zweckrationale Nutzenoptimierung von einer grossen Zahl von Anbietern und Nachfragern. Die Annahmen im idealtypischen Modell sind rigide, aber nicht nur «falsch».
- Bei beschränkter Zahl von Anbietern oder Nachfragern (Oligopole, Monopole, Kartelle) existieren angepasste Modelle, die zu zweckmässigen Erklärungen führen. Ebenfalls wird die Verhaltensannahmen des «Homo Oeconomicus» durch breitere Nutzenfunktionen variiert und ergänzt, was durchaus wertvolle Analyseresultate liefert.
- Die Annahmen über vollständige Information und Voraussicht sind ebenfalls als heroisch zu bezeichnen. Es bleibt aber mehr wie zweckmässig zu analysieren, wie optimale Entschieden gefällt werden müssten, wenn vollständige Information, Voraussicht bestehen würden. Es kann eben auch Anlass sein, entsprechende Bedingungen herzustellen. Das Streben nach mehr Information, Transparenz und Voraussicht ist ein Teil von Aufklärung. Weil dies nicht der Normalfall ist, soll das entsprechende Bestreben nicht aufgegeben werden.
Viele ökonomische Fragen können mit mikroökonomischen Analysen mit – teilweise variierten, teilweise ergänzenden Annahmen – geklärt und zu zweckmässigen Entscheidungsgrundlagen führen. Vergl. dazu den Beitrag «Strommarkt» oder etwa Untersuchungen zum Mindesteinkommen. Die Kenntnisnahme dieser Ergebnisse könnte durchaus zu einer besseren Politik führen.

Verfehlter Anspruch der Dominanz: Klar zu kritisieren ist vielmehr die Ausschliesslichkeit, wie das NLP von ihren – ideologisch und/oder machtinspirierten? - Exponenten vertreten wird. Die gesellschaftliche Realität hat sich im Vergleich zum 18. Jahrhundert mit dem Ursprung des NLP weiter entwickelt und weiter ausdifferenziert. Mit abnehmender Arbeitszeit hat sich die unbezahlte Arbeit ausgedehnt. Die Bedürfnisse sind vielfältiger und breiter geworden, was auch neue Organisationsformen mit staatlichen Leistungen, Organisationen etc. nach sich zieht. Vielfältige Markinterventionen haben sich entwickelt und neue Allokationsformen haben Einzug gehalten. Diese Prozesse werden mit grosser Wahrscheinlichkeit weiter gehen. Alternative Allokationsmechanismen über Tausch, Vertrauen werden zunehmen, was im NLP zu wenig oder gar nicht beachtet wird. Der Versuch die gesamte Gesellschaft, aber auch nur schon die Wirtschaft mit dem Marktmodell bzw. der individuellen Nutzenoptimierung zu erklären, ist eher als hilfloses Rückzugsgefecht zu betrachten und nimmt zum Teil skkurile Züge an, so wenn etwa eine Liebesbeziehungen als nutzenoptimiertes Verhalten erklärt wird.

Was bleibt zu tun: Die grossen Erfolge der «Marktgesellschaft», wenn auch in stark abgewandelter Form, sollten nicht negiert werden. Die Beachtung der vielfältigen Weiterentwicklungen von «Blinden Flecken», der Neugewichtung von Staat, Infrastrukturen, Konjunktur- und Strukturpolitik etc. sollten aber positiv anerkannt und als erfolgreiche Symbiose verstanden werden. Selbstverständlich sind auch alternative Analyse-Methoden – jenseits der Nutzenoptimierung – einzubeziehen. Wir leben in einer komplexen Wirtschaft und Gesellschaft, die über das NLP hinausgewachsen ist und sich zu neuen Höhen emporschwingt.

***In 2 Fallstudien werden die Themen vertieft: «Berufsbildung», «Strommarkt»: Siehe spezielle Paper

1. Neoliberales Paradigma (NP) – Idealtypisch: Erklärung des Erfolgsmodell Schweiz? - Übersicht

Dimensionen	Konzeption, Ausgestaltung	Effektive Entwicklung, Defizite, Kritik
Eigentum	Privat. Im Prinzip soll jeder so viel Eigentum besitzen wie er zum Leben braucht (John Looke).	Eigentumsordnung historisch gewachsen. Diverse Eigentumsformen: Staat, Privat, Juristische Personen wie Genossenschaften, AG. Konzentration von Eigentum in AG, öffentliche Hand.
Rolle Markt: - Ausgestaltung - Ausmass/Umfang Steuerung	Viele Anbieter/Nachfrager Wettbewerb, Vollständige Konkurrenz: Optimale Allokation von Boden, Arbeit, Kapital. Zwischen Angebot und Nachfrage stellt sich automatisch Gleichgewicht ein. Monopole, Oligopole vorübergehend, zerfallen tendenziell. Ev. Wettbewerbspolitik nötig.	Hohe, sehr hohe Leistungsfähigkeit in Teilbereichen. Markt neigt zur Konzentration mit Oligopolen, Monopolen. Diverse Marktdefizite: Externe Kosten. Transaktionskosten. Unvollständige Informationen. Kurzfristige – keine langfristige, gesellschaftsbezogene - Orientierung. Markt deckt nur sehr beschränkten Teil der Wertschöpfung und Arbeit ab: Bedarfs-, Staatswirtschaft zentral.
Verhalten	Ideal «Homo Oeconomicus»: Rationale Nutzenoptimierung bei vollständiger Information, Transparenz und Voraussicht. Unternehmen haben Soziale Pflicht Profit zugunsten Shareholder zu optimieren. Milton Friedman 1970.	Bounded Rationality, Emotionen, Herdenverhalten, Traditionen, Gewohnheitsverhalten, Transaktionskosten. Vielfältige Verhaltensformen: Altruismus, Vertrauen, Kooperationen etc. NP besticht durch Einfachheit, Berechenbarkeit. Ideologisch hoch wirksam und mit grosser Durchschlagskraft.
Geld- Währungspolitik	Monetarismus: Nationalbank steuert über Geldmenge mit fixer Relation zum Wachstum. Geldpolitik ist neutral: Kein Einfluss auf Wachstum, Verteilung. Markt sorgt für optimale Allokation.	Kurze Phase Monetarismus 1973-1995. Neue Ziele Wechselkurs, Geldwertstabilität, Konjunktur, (Beschäftigung). Massive Interventionen SNB entgegen NP mit hohen Risiken, Wachstums- Verteilungseffekten. Kurzfristige Stabilität, Wachstum Wirtschaft.
Rolle Staat	Limitiert auf Rechtssystem, Innere&Äussere Sicherheit. Grösste Zurückhaltung, möglichst keine Regelungen/Eingriffe: Unsichtbare Hand stellt beste aller Welten bzw. göttliche Ordnung sicher. Interventionen führen nur zu weiteren Eingriffen. Tiefe Staatsquote, tiefe Steuern, Steuerwettbewerb.	Wachstum Staat bis ca. ½ BIP. Schweiz ca. ein drittel BIP. Gesellschaftliche Ziele dank Staat erreichen: Wachstum, Beschäftigung, Verteilung regionale/sozial. Wettbewerbsfähigkeit/Aussenwirtschaft. Neue Ziele: Menschenrechte, Integration, Diversität etc.. Staatsversagen auch vorhanden.
Öffentliche Güter/Service Public: Forschung/Bildung. Infrastrukturen: Verkehr, Wasser/Abwasser/Abfall, Telekommunikation, Energie.	Grundsätzlich private Versorgung. Private Organisation. Neu: Regulierung des Wettbewerbs bei vor allem natürlichen Monopolen.	Ausgebauter Service Public. Regelung über öffentliches Eigentum, öffentliche Mittel, Auflagen, Vorschriften, Standards etc.. Hoher Anteil des BIP wird über öffentliche Hand in Service Public investiert. Die Steuerung weist Zielkonflikte und teilweise hohe Komplexität auf.
Technischer Fortschritt	Exogener Faktor: In Neo-Liberalen-Wachstumsmodellen spielt Technischer Fortschritt keine, untergeordnete Rolle.	Technische Entwicklung als zentral prägender Faktor. Hoher Mitteleinsatz des Staates zur Nutzung technischer Fortschritt. Sehr hohe Regelungsdichte, ua. zur Reduktion von Transaktionskosten bzw. breite Nutzung technischer Fortschritt, teilweise auch Marktabschottung.
Verteilungsgerechtigkeit, Sozialer, regionaler Ausgleich Soziale Sicherheit	Kein Thema. Eigenverantwortung. Jede(r) ist des Menschen Glück. Jeder ist seines Glückes Schmid. Minimiert auf Grundeinkommen für sozial Schwache (Friedmann 1965). Generell: Private Vorsorge.	Ausgebauter Sozialstaat: Ca. 1/3 Budget Staat, Tendenz steigend. Gesellschaftlicher Zusammenhalt zentral. Verteilungsfragen regional, personell von grosser – wenn auch teilweise verdeckter – Bedeutung. Tragbarkeit, Grenzen Sozialstaat sind zu beachten.
Konjunktur- und Strukturpolitik	Unnötig. Schädlich, kontraproduktiv: Falsches Timing, zu spät. Fehlendes Wissen, Voraussicht. Hemmt Wettbewerb und langfristig Wachstum.	Anhaltende Fiskalpolitik mit neuem Höhepunkt Pandemie 2020/21. Zudem statt fiskalische Konjunkturpolitik verstärkte Interventionen Geld-/Währungspolitik. Vielfältige Strukturpolitik: z.B. Landwirtschaft, Vielfach ohne explizite Zielsetzungen.
Umwelt, Natur, Boden	Lange als ubiquitär betrachtet (wie Marxismus). Neue: Regelung über klare private Eigentumsrechte, Marktlösungen.	Natursystem (Klima, Biodiversität, Ressourcen etc.) rückt ins Zentrum: Vielfältige Regelungen: Abgaben, Zertifikate, Subventionen, Standards etc.
Krisenmodus: Pandemie, Umwelt	Selbstverantwortung, vorübergehende Eingriffe, Krisenmanagement.	Vorsorgeprinzip, Prävention. Staat als Krisenmanager und –versicherer.

2.Eigentum: Privat? Hoher Anteil öffentliches Eigentum

Das öffentliche Eigentum/Vermögen beträgt - gemessen am Gesamtvermögen von ca.3000-4000 Mrd. CHF– rund 50%.
- Die öffentlichen Vermögenswerte betragen, Stand 2011, ca. 500 Mrd. CHF. Inzwischen dürften die Werte um rund 50% höher liegen.
- Weitere öffentliche Sektoren mit hohen Vermögenswerten sind: Gesund, Bildung etc.
- Weitere öffentliche Vermögenswerte: Pensionskassen, Nationalbank, VBS, Wald.

Das «reichste» 1 Prozent besitzt rund 800 Mio. CHF Vermögen.

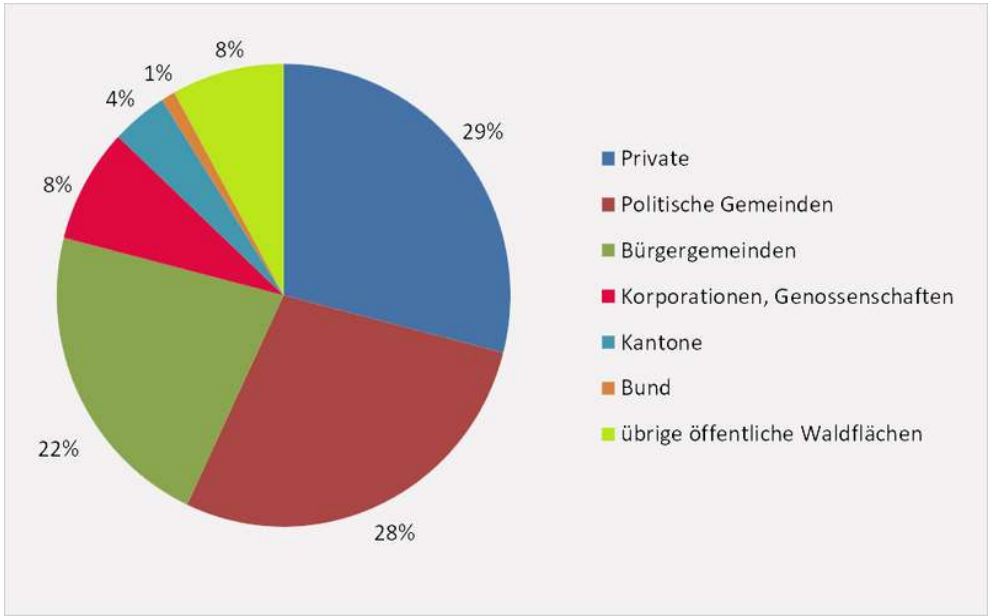
Bilanzsumme der öffentlichen Vermögenswerte
In Milliarden Franken, 2011

Sektor Staat (vgl. EFV, 2013)	367,4
SBB	33,9
SRG	1,4
Post (ohne Postfinance)	3,9
RUAG	1,7
Swisscom	19,5
Stromkonzerne *	59,0
Total	**486,8**

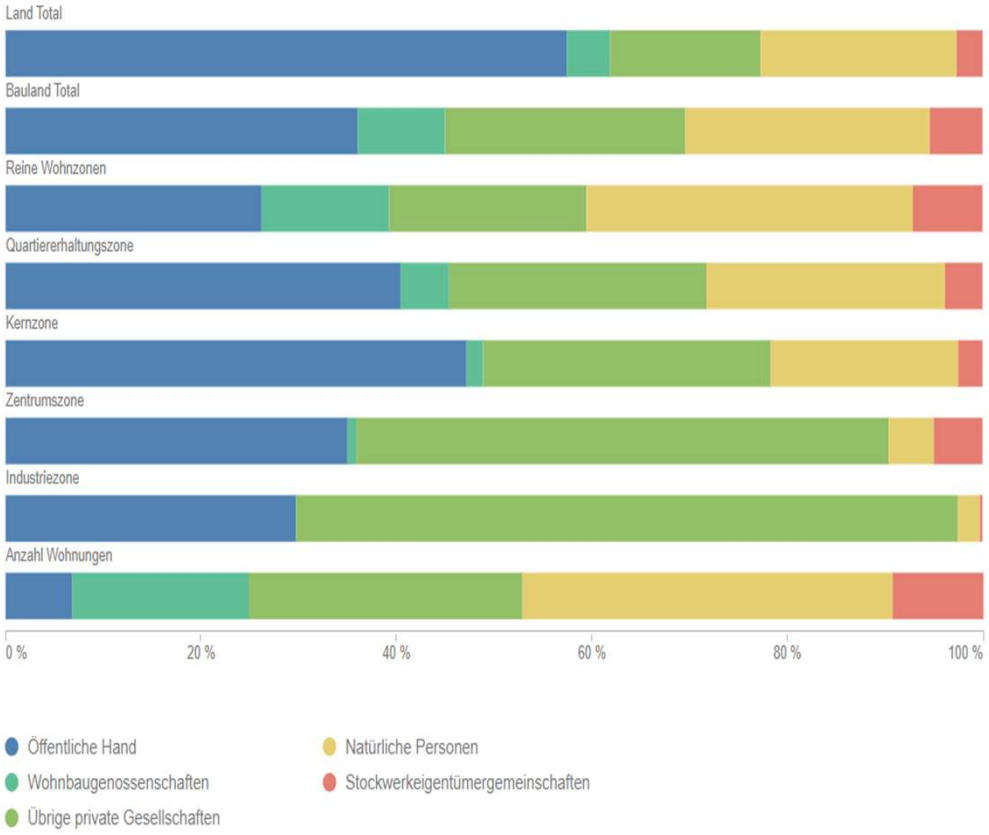
* Berechnungsmethode: Die AXPO Holding AG verfügt über eine Bilanzsumme von 18 Milliarden Franken bei einem Marktanteil von rund 30 Prozent (ein Vergleich mit der BKW AG zeigt, dass diese mit einem ca. 60 Prozent tieferen Marktanteil auch über eine 60 Prozent tiefere Bilanzsumme verfügt). Hochgerechnet auf die gesamte Branche ergibt das Vermögenswerte von ca. 59 Milliarden Franken. Dieser Wert wird aufgrund der Marktentwicklung substanziell zu reduzieren sein.

- Schätzung 2011:
  - CH-Staat Vermögenswerte rund 490 Milliarden Franken.
  - CH-Gesamtvermögen: Rund 2‘280 Milliarden Franken.
  - Anteil Staat am Gesamtvermögen ca. 21 Prozent

- **Pensionskassen**: ca. 1000 Mrd. CHF.
- **Nationalbank:** Bilanzsumme ca. 1000 Mrd..-
- **VBS**: Grösster Immobilienbesitzer Schweiz
  - Eigentümer von 24'000 Hektaren Land
  - 7'000 Gebäude und Anlagen im Bestand
- **Wald**: Ein grosser Teil des Schweizer Waldes ist im Eigentum der öffentlichen Hand: Siehe Grafik links.



2.1 Eigentum: Privat? Beispiel Stadt Zürich. Das Rote Zürich.



Grafik 1: Eigentumsstruktur des Bodens und der Wohnungen in der Stadt Zürich

Stadtfläche Zürich: öffentliche Hand mit Abstand die grösste Eigentümerin: Ihr gehören rund 57,5 Prozent des Bodens in der Stadt Zürich (siehe Grafik 1). An zweiter Stelle stehen mit 20,1 Prozent die natürlichen Personen, knapp vor den privaten Gesellschaften, in deren Eigentum sich 15,4 Prozent des Bodens befinden. Bezüglich Grundbesitz nur eine kleine Rolle spielen hingegen die Wohnbaugenossenschaften (4,4 Prozent) und die Stockwerkeigentümergemeinschaften (2,7 Prozent).
Der hohe Anteil der öffentlichen Hand relativiert sich bei der Betrachtung der Zusammensetzung dieser 53 Quadratkilometer: Knapp ein Viertel des Bodens in öffentlicher Hand wird von Wald bedeckt, etwa ein Achtel sind Äcker und Wiesen, gut 10 Prozent sind Strassen, weitere 5 Prozent Trottoirs. Und auch der Zürichsee fällt grösstenteils ins öffentliche Eigentum. Von Wohngebäuden bedeckt ist hingegen nur gut 1 Prozent des Bodens in öffentlicher Hand.

Dominanz der öffentlichen Hand beim Bauland weniger ausgeprägt

Entsprechend fällt das Bild deutlich anders aus, wenn nur Bauland betrachtet wird: Auch dann bleibt die öffentliche Hand zwar weiterhin die bedeutendste Landbesitzerin der Stadt, mit 36,1 Prozent ist ihr Anteil aber deutlich kleiner als über alle Zonen betrachtet. Natürliche Personen und private Gesellschaften besitzen je etwa einen Viertel des Baulandes. Der Anteil der Wohnbaugenossenschaften und Stockwerkeigentümergemeinschaften bleibt zwar mit 8,9 bzw. 5,4 Prozent auch in dieser Betrachtungsweise relativ bescheiden, ist jedoch rund doppelt so hoch wie bei einer Auswertung über alle Zonen.

Etwa in Bern sind die Bernburger grosse Land- und Immobilienbesitzer, in Basel die Merianstiftung.

2.2 Eigentum, Marktformen: Genossenschaften spielen bedeutende Rolle. Quelle:

https://genossenschaftsmonitor.ch/wp-content/uploads/2020/02/Genossenschaften-in-der-Schweiz-ein-Erfolgsmodell-der-Gegenwart-und-Zukunft-Genossenschaftsmonitor-2020.pdf

- Die Genossenschaften leisten einen zentralen Beitrag zur Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Insgesamt gibt es 9600 Genossenschaften (1.34% aller eingetragenen Unternehmen) in der Schweiz. „Sie sind erfolgreich und die heimliche Macht im Land“, Bilanz.
- Die zehn grössten CH-Genossenschaften sind Coop, Migros Gruppe, Fenaco, Schweizer Mobiliar, Raiffeisen Schweiz, Pensionskasse Energie, Pax Holding, Schweizer Reisekasse (Reka), Swisslos, ESA Einkaufsorganisation. Sie tragen mit ihrem Umsatz im Jahr 2018 mehr als 11% zum Schweizer Bruttoinlandsprodukt bei. Die grössten 20 Genossenschaften machen ungefähr 15% des BIP aus.(IFU | BLI Institut für Unternehmensrecht der Universität Luzern, 2017, S. 6).
- Die Genossenschaften haben eine breite Präsenz in Stadt und Land in der Schweiz. Sie in allen Regionen der Schweiz vertreten (vgl. BFS, 2019)
- Die Genossenschaften übernehmen gesellschaftliche Verantwortung. Sie zeichnen sich durch ihre Werteorientierung wie gesellschaftliche Verantwortung, Nachhaltigkeit, Förderung regionaler Strukturen sowie durch ihre Kundennähe aus.
- Die Genossenschaften wirtschaften beziehungsorientiert, fördern das kooperatives Wirtschaften in der Schweiz. Sie zeichnen sich dabei durch eine sehr hohe Kooperationsbereitschaft bei ihren Mitgliedern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Kundinnen und Kunden aus. Darüber hinaus konnte im Rahmen des Genossenschaftsmonitors aufgezeigt werden, dass sich insbesondere Mitarbeitende sowie Kundinnen und Kunden stark mit den Genossenschaften identifizieren. Dies bildet eine nachhaltige Basis für Genossenschaften, um das genossenschaftliche Differenzierungspotenzial auszuschöpfen.
- Die Genossenschaften sind attraktive Arbeitgeber für Frauen und die junge Generation. Sie gelten am Schweizer Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Alleinstellungsmerkmale vor allem bei jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als attraktive Arbeitgeber. Zusätzlich fördern Genossenschaften die Teilnahme der Frauen am Schweizer Arbeitsmarkt (Schincariol McMurtry & McMurtry, 2015). Der durchschnittliche Frauenanteil aller Mitarbeitenden in den teilnehmenden Genossenschaften liegt bei 36.6%, der Frauenanteil in Führungspositionen im Schnitt bei 26.1%.
- Genossenschaften sind zukunftsträchtig: Schweizer Genossenschaften haben im Angesicht aktueller Trends grosses Potenzial, Innovationen zu schaffen, die für das langfristig nachhaltige Funktionieren der Gesellschaft erforderlich sind. Energiegenossenschaften sind beispielsweise wichtige Akteure in der Entwicklung einer regionalen Infrastruktur zur Nutzung erneuerbarer Energien in der Schweiz. Plattformgenossenschaften fördern mithilfe digitaler Kanäle die gemeinschaftliche Nutzung von Ressourcen unmittelbar dort, wo sie gebraucht werden. Und nicht zuletzt stehen Genossenschaften im Kern der Bewältigung globaler Trends, wie der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft und ökologischen Problemen.

3. Markt als selbstregulierende, spontane Ordnung? Fiktion aus dem Märchenreich - Überblick.

Alle Märkte sind mehr oder weniger stark reguliert, stehen in Interaktion mit dem Staat und weiteren Systemen wie Arbeitnehmer,-Arbeitgeber, NGO, Verbänden und Organisationen sowie Unbezahlte Arbeit.

- **Märkte sind organsierte Veranstaltungen**. Sie bewegen sich innerhalb eines umfassenden Rechtssystems, das von der Öffentlichkeit bzw. dem Staat erlassen wird:
  - Regelung der Eigentumsrechte, Wirtschaft- und Handelsrecht etc. Über diese Bestände hinaus, die eng mit der Entstehung von Marktwirtschaften konstituiert sind, haben sich weit mehr entwickelt. Die Marktakteure müssen in vielfältiger Weise öffentliche Normen, Standards etc. in zahlreichen Bereichen beachtet werden: Arbeitsmarkt, Sicherheit, Gesundheit, Umwelt etc. usw. Zudem greift der Staat in den Preisbildung mit Vorschriften, Subventionen und Abgaben. Der Markt ist eine organsierte Veranstaltung. Diese geflügelte Wort (Röpke) aus den 50-ern Jahren hat sich seit damals nicht nur bestätigt. Es ist trotz neoliberalen Diskurs zur weiteren Realität geworden. Es gibt praktisch keinen Bereich, der effektiv einer Deregulierung unterzogen worden ist. Die Bilanz der neoliberalen Verfechter ist bei Lichte besehen total negativ.
- **Der Staat – mit den verschiedenen Ebenen von Bund, Kantone, Regionen und Gemeinden ist ein zentraler Regulator und Leistungsträger für die Märkte, aber auch Freiwilligenarbeit, NGO, Verbände und Organisationen.** Der Staat verfügt – je nach Ebene in einem unterschiedlichen Ausmass über diverse, mächtige Steuerungsmedien:
  - Im Vordergrund der Einsatz der Staatseinnahmen durch direkte und indirekte öffentliche Leistungen, Subventionen etc.
  - Weiter steht ein breites Spektrum von Steuerungsinstrumenten zur Verfügung: Abgaben, Vorschriften, Gebote/Verbote etc.
- **Für eine realistische Betrachtung des Wirtschaftsgeschehen ist der Horizont zusätzlich zu öffnen.** Eine moderne Wirtschaft spielt sich bei weiten nicht nur im Spannungsfeld von Markt – mit verschiedenen Akteuren und unterschiedlichen Marktformen – und Staat – mit ebenfalls differenzierter Ausgestaltung hinzu.
- **Anhaltend grosse Bedeutung der Arbeitgeber und Arbeiternehmer-Organisationen**: In den letzten 30 Jahren ist ihre Bedeutung vorüber teilweise zurückgedrängt worden. Insgesamt sind sie für die Regulierung des Arbeitsmarktes mit weiteren Leistungen (A&W, Versicherungen, technische Standards etc.) und natürlich der politische Einflussnahme. Vergl. dazu die aufschlussreiche Studie der Unia von Andreas Rieger. Link:
  https://www.google.ch/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiNytTbxK_5AhV1hP0HHXtRCVEQFnoECAUQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.unia.ch%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2FPublikationen%2FBroschu%25CC%2588re_Arbeitgeberorganisationen_CH_de_final.pdf&usg=AOvVaw10Da4Y06qoa52JQ9kVbCYi
- **NGO, Vereine, Organisationen spielen in grosser Zahl in vielfältiger Hinsicht eine wichtige Rolle**:
  - In der Schweiz bestehen mehrere Tausend NGO, Verbände und Organisationen mit grossen Einfluss auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben und auf die Politik.
  - Eigene direkte Leistungserstellung
  - Unterstützung, Animation, F&E, A&W etc. von privaten und öffentlichen Wirtschaftakteuren. In der Regel werden nicht einfach kurzfristige Gewinninteressen verfolgt. Vielmehr geht es um Anliegen des Gemeinwohls, aber auch übergeordnete Regional-, Branchen- und/oder Standesinteressen.
  - Beitrag zur öffentlichen und politischen Meinungsbildung und mehr oder weniger direkten Einflussnahme auf politische Entscheide.
- **Unbezahlte Arbeit, freiwillige Arbeit zugunsten der Gesellschaft und Wirtschaft.** Vielfach intrinsinische, altruistische Motivation, gesellschaftlich-kulturelle Motivation. Monetär bewertet ist ein sehr hoher Beitrag von Frauen und Männern festzustellen.

3.1 CH-Wirtschaftsstruktur: Breit gefächert, international konkurrenzfähig.

Grosskonzerne sind wichtige Leistungsträger mit starker Internationalisierung.

Die Schweiz ist durch eine vielfältige Wirtschaftsstruktur geprägt. **Die KMU, d.h. Firmen mit weniger als 250 Beschäftigten, machen mehr als 99% der marktwirtschaftlichen Unternehmen aus und stellen zwei Drittel der Arbeitsplätze**. Sie sind gewissermassen das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft dar. Viele dieser Firmen sind Familienunternehmen. Wettbewerbsdruck und marktwirtschaftliche Orientierung haben sich in den letzten Jahrzehnten verstärkt. **Aber: Kooperative Elemente, wie etwa die Berufsbildung, zahlreiche technische Normen, Lohnverhandlungen (siehe Studie Unia, Rieger A. ff.) wurden gleichzeitig ausgebaut und gestärkt. Die Berufsverbände, aber auch neue Organisationen, spielen zusammen mit „Unbezahlter Arbeit“, aber auch dem Einfluss von NGO, eine anhaltend wichtige Rolle mit tendenziell zunehmender Bedeutung. Der neoliberal supponierte Markt spielt in entschärfter Form, ergänzt mit wesentlichen kompensatorischen institutionellen Arragements.**

Gleichzeitig hat eine bedeutende Zahl multinationaler Unternehmen ihren Sitz in der Schweiz. Sie tragen überproportional zum BIP bei, insbesondere die grossen Pharmakonzerne (z.B. Roche, Novartis, Syngenta). Es kommt eine hochtechnologisierte, verarbeitende Industrie – auch KMU – hinzu, z.B. ABB. Weltweit operierende Bankhäuser wie UBS oder Credit Suisse haben ihren Sitz in der Schweiz. Auch die Luxus-Uhrenindustrie trägt dazu bei, dass die Schweiz sich beim BIP pro Kopf weltweit auf dem zweiten Platz befindet.

Zunehmend sind auch internationale Handelskonglomerate aus Rechtsgründen in der Schweiz ansässig, wie etwa der Rohstoffhandelskonzern Glencore. In Genf sind viele Händler, wie etwa Cargil oder Gunvor, zu finden.

3.2 Rund 600’000 CH-Unternehmen, davon 0.28% Grossunternehmen > 250 Beschäftigte = Rund ein Drittel Beschäftige mit Überdurchschnittlicher Wertschöpfung.

Total der Unternehmen	601'392	100,00%	4'570'670	100,00%
Mikrounternehmen (1-9)	539'604	89,73%	1'168'809	25,57%
Kleine Unternehmen (10-49)	50'758	8,44%	979'464	21,43%
Mittlere Unternehmen (50-249)	9'324	1,55%	920'856	20,15%
Grosse Unternehmen (250+)	1'706	0,28%	1'501'541	32,85%
Total der Unternehmen	601'392	100,00%	4'570'670	100,00%

Quelle: BFS, Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT), provisorische Zahlen für 2019 (Veröffentlichung im November 2021 / Nächste Veröffentlichung im November 2021)

3. Sektor dominiert. Anzahl Beschäftige pro Unternehmen ca. 5

Die Gesamtzahl der KMU (marktwirtschaftliche Unternehmen mit 1 bis 249 Beschäftigten) verteilte sich 2019 auf die drei Sektoren wie folgt:

Primärsektor	51'592
Sekundärsektor	90'042
Tertiärsektor	458'052
Total	**599'686**

Quelle: BFS, Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT), provisorische Zahlen für 2019 (Veröffentlichung im November 2019/ Nächste Veröffentlichung im November 2022)

Quelle: BFS, Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT), provisorische Zahlen für 2019 (Veröffentlichung im November 2019/ Nächste Veröffentlichung im November 2022)

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl pro KMU 2019:

Primärsektor	3,0
Sekundärsektor	8,4
Tertiärsektor	4,7
Total	**5,1**

Quelle: BFS, Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT), provisorische Zahlen für 2019 (Veröffentlichung im November 2021 / Nächste Veröffentlichung im November 2022)

3.3 Grosskonzerne in geringer Zahl mit hohem Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteil. Grosser Umbruch mit Kritikpotential

Dabei wurde die CH-Wirtschaft, insbesondere die Grosskonzerne, vor allem aufgrund der Aktienrechtsrevision in den 90-er Jahren, stark internationalisiert. Ein grosser Anteil der Beteiligungen an Schweizer Unternehmen ist inzwischen in US-amerikanischen Händen. Führend ist dabei die Anlagegesellschaft Blackrock.
Der Anteil chinesischer Investoren ist hingegen klein.
Nur zwei der SMI-Unternehmen sind mehrheitlich in CH-Händen (Swatch, Swisscom).

Die VR und das Management sind neu verstärkt von Personen mit ausländischem Pass oder Migrationshintergrund besetzt. Die Firmenkultur hat sich globalisiert und internationalisiert. „Schweizerische“ Eigenheiten, eingebunden in verschwörte Männergesellschaften, wurden zurück gedrängt.

Fazit: Das NLP hat sich am ehesten bei den Grosskonzernen – zusammen mit der Globalisierung - durchgesetzt. Sie tragen wesentlich zur CH-Wertschöpfung bei, sind aber gleichzeitig am meisten der öffentlichen Kritik ausgesetzt: Dominanz ausländische Beteiligung. Geringer Frauenanteil in VR und GL. Geringere Konsenskultur mit grösserer Skepsis gegenüber z.B. Gesamtarbeitsverträgen (GAV). Eher Unverständnis gegenüber Berufslehre. Nutzung der tiefen Steuern/Steuerverschiebungen. Investitionstätigkeit im Ausland mit zu geringer Verantwortung gegenüber Anliegen vor Ort (Kinderarbeit, Belastung Umwelt etc.)

Die Existenz der Grosskonzerne hat zum grössten Umbruch der CH-Wirtschaft und Gesellschaft in den letzten 40-Jahren beigetragen.

Tabelle 2: Durchschnittlicher Anteil ausländischer Investoren im SMI Expanded

	nach Marktkapitalisierung gewichteter Durchschnitt		ungewichteter Durchschnitt	
	SIX-Meldungen	SIX-Meldungen + Geschäftsberichte	SIX-Meldungen	SIX-Meldungen + Geschäftsberichte
Ausländeranteil gemessen an bekannten Stimmrechten	29%	47%	52%	48%
Anteil bekannter Stimmrechte	31%*	52%	34%*	39%

* Der über sämtliche Gesellschaften aggregierte Anteil der bekannten Stimmrechte aufgrund de gesetzlichen Meldepflichten (SIX-Meldungen) beträgt 21,4 Prozent.

Quelle: SIX-Meldungen, Geschäftsberichte 2017 der Gesellschaften und eigene Berechnungen

4. Verbandsstaat: There is no such thing as society? Gesellschaft und Wirtschaft organisieren sich in Tausenden! von NGO, Verbänden, Stiftungen.

Das breite Feld von Organisationen, insbesondere NGO, in den diversen Bereichen ist sehr wenig untersucht. Daten über Anzahl, Umsatz, Mitarbeiter, Mitglieder sind nur teilweise bekannt. Es fehlen systematische Übersichten/Studien über deren Verhalten, Einfluss etc..

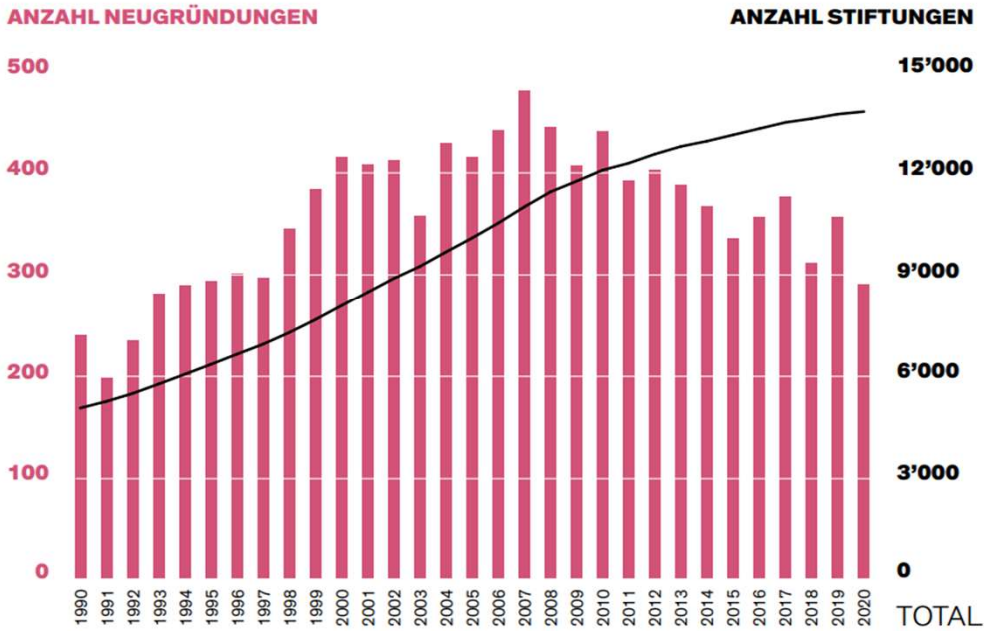
Wir schätzen deren Bedeutung – neben den Wirtshaftsverbänden - als wesentliche Träger der CH-Wirtschaft und –Gesellschaft ein. Ihre Aktionsfelder sind breit gefächert: Politik, Dienstleistungen, Beratung, Bildung etc. Sie sind Bindeglied zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Sie sind durch intensive Netzwerktätigkeiten, kooperatives Verhalten, aber auch der Wahrung von Gruppeninteressen geprägt. Im NLP sind sie – trotz ihres grossen und vielfältigen Einflusses - und zunehmendner Bedeutung gar - nicht vorgesehen. Es ist ein blinder Fleck des NLP.

Name	Anzahl	Umsatz in Mio. CHF	Mitarbeiter	Mitglieder in 1'000
Verkehrs-Club der Schweiz (VCS)		40	110	19'000
Greenpeace		20	140	140'000
WWF		43	137	225'000
Pro Natura		?	?	?
NGO Umwelt	150			
NGO Gesundheit	200			
Soziales	150			
Kinder	70			
Entwicklungs-zusammearbeit	200			
Tiere, Freizeit , Kultur, Religion	Ca. 500-800			
Total	Ca. 1000-2000	300-1000	3000 - 5000	200'000-5'000'000

Einflussreiche Stiftungen: Ende 2021 waren in der Schweiz 13'524 gemeinnützige Stiftungen registriert. Jeden Tag wurde 2021 in der Schweiz eine neue Stiftung gegründet, so sind 365 hinzugekommen. Ihr Vermögen beläuft sich auf ca. 70 Milliarden CHF.

Die Stiftungen entsprechen durch ihren privaten Charakter durchaus dem NLP. Ihre nur teilweise – oder gar sehr beschränkt – profitorientierte Haltung.

Abb. 1
Entwicklung des Stiftungswesens mit Neugründungen und Liquidationen ab 1990



Quelle: Der Schweizer Stiftungsreport 2021/CEPS Datenbank
Anmerkung: Die Tabelle enthält neu auch Stiftungen «In Liquidation», die nach wie vor im Handelsregister eingetragen sind, aber nicht mehr aktiv sind. Aktuell sind dies 139 Stiftungen.

4. 1 Verbandsstaat: Wirtschaftsverbände als Verhinderer von Wettbewerb und Fortschritt abschaffen? Nach Wechselbädern in den 90-er Jahren sind sie in gestärkter Funktion mit neuen Strukturen und Aufgaben voll am Werk. Studie Unia, Rieger A. Link:

https://www.google.ch/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiNytTbxK_5AhV1hP0HHXtRCVEQFnoECAUQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.unia.ch%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2FPublikationen%2FBroschu%25CC%2588re_Arbeitgeberorganisationen_CH_de_final.pdf&usg=AOvVaw10Da4Y06qoa52JQ9kVbCY

Organisationsgrad von Branchenverbänden

Organisationsgrad Verband
80% und mehr
Gastrosuisse (Restaurants, Cafés)
Verband Banken Schweiz
Swissstaffing (Temporärarbeit)
VSM (Medien)
Convention Patronale (Uhren)
Baumeisterverband SBV
60% bis 80%
Hotelleriesuisse
Allpura (Reinigung)
VSSU (Sicherheit)
Swisstec (Gebäudetechnik)
VSSM (Schreinereien)
ASTAG (Strassentransport)
40 bis 60%
Swissmem (Maschinen)
ScienceIndustries (Pharma)
Curaviva (Heime)
VISCOM (graph. Industrie)
JardinSuisse (Gartenbau)
Holzbau Schweiz
unter 40%
Swissretail (Detailhandel)
Senesuisse (Heime)
Swissmechanic (Maschinen)
Spedlog (Logistik)
ASPS (Spitex)

Lesebeispiel Gastrosuisse: Die Betriebe, welche Mitglied bei Gastrosuisse sind, beschäftigten 80% aller Arbeitnehmenden im Organisationsbereich des Verbands (d.h. Restaurants, Cafés).

Verbandsapparat und Dienstleistungen

Verband	Anzahl Verbandsangestellte	Wichtigste Dienstleistungen
Gastrosuisse	120	RB, A&WB, SV
Baumeisterverband	60	RB, A&WB, SV, FAR
Swissmem (Maschinenindustrie)	94	RB, A&WB
Hotelleriesuisse	80	RB, A&WB, SV
Holzbau Schweiz	23	RB, A&WB
Swisstec (Gebäudetechnik)	60	RB, A&WB
Swisstaffing (Temporärarbeit)	27	RB, WB, SV
Swissmecanic (Maschinen)	19	A&WB
VISCOM (graph. Industrie)	17	A&WB
Convention Patronale (Uhren)	8	A&WB
Allpura (Reinigung)	7	RB, A&WB
VSSU (Sicherheit)	10	B, A&WB
VSSM (Schreinereien)	80	RB, A&WB
Curaviva (Heime)	11	RB, WB
ASTAG (Strassentransport)	40	RB, A&WB, SV
Banken Schweiz	3	RB

Legende: RB: Beratung, Rechtsberatung; A&WB: Aus-, Weiterbildung; SV: Sozialversicherungen

Organisationsgrad* Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände nach Wirtschaftszweig

Branche	Erwerbstätige	SAV	SGV	ES	SAV+SGV+ES
Industrie	680'000	65%	20%	55%	70%
Bau, Ausbau	360'000	65%	65%	30%	75%
Gastgewerbe, Hotels	260'000	80%	80%	35%	80%
Handel	600'000	45%	10%	35%	60%
Gesundheits- und Sozialwesen	660'000	50%	15%	10%	60%
Finanzdienstleistungen	230'000	90%	5%	90%	90%
Transport und Logistik	220'000	25%	40%	20%	55%
Bildung (private Träger)	50'000	25%	0%	10%	25%
IT, Kommunikation	170'000	40%	0%	30%	45%
Reinigung, Sicherheit	130'000	75%	70%	15%	80%
Übrige Dienstleistungen an Unternehmen	500'000	25%	20%	25%	40%
Persönliche Dienstleistungen	140'000	25%	25%	0%	30%
Freizeit, Kultur	100'000	30%	10%	0%	30%
Total		**50%**	**30%**	**28%**	**60% ****

* Anteil Beschäftigte bei Verbandsmitgliedern an allen Beschäftigten in der Branche (eigene Berechnungen).
** Gesamt-Organisationsgrad = SAV (50%) + Mitglieder von SGV, die nicht schon mit SAV gezählt sind (7%).
\+ Mitglieder von Economiesuisse, welche weder in SAV noch SGV inbegriffen sind (3%).

4.2 Verbandsstaat: Studie Arbeitgeber/Unia, Rieger A.. Auszug aus Zusammenfassung. Link:

https://www.google.ch/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiNytTbxK_5AhV1hP0HHXtRCVEQFnoECAUQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.unia.ch%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2FPublikationen%2FBroschu%25CC%2588re_Arbeitgeberorganisationen_CH_de_final.pdf&usg=AOvVaw10Da4Y06qoa52JQ9kVbCY

1.„Die Arbeitgeber- und Wirtschaftsorganisationen sind in den letzten Jahrzehnten nicht erodiert, sie haben nicht an Bedeutung verloren. Die «Verbandsflucht» von Mitgliedern, um dem GAV zu entgehen oder um keine Beiträge mehr zu zahlen, war gering. Gleichzeitig sind andere Mitglieder neu eingetreten. Die Verbände mussten sich allerdings den neuen Zeiten anpassen. Sie haben sich entsprechend umstrukturiert, Kosten eingespart und neue Dienstleistungen entwickelt. Einige Verbände sind gar neu entstanden, darunter der Arbeitgeberverband Banken, Verbände im Gesundheitswesen und in der IT. „

2. „Die neoliberale Behauptung, welche das Wirtschaften als freie Konkurrenz darstellt und den Staat und die Verbände zurücktreten lässt, ist Ideologie. …Die allermeisten Unternehmen können nur über Verbände politisch Einfluss nehmen…….Es ist deshalb wichtig, die neo-liberale Maskerade von «weniger Staat» immer wieder zu entlarven durch Offenlegung der permanent massiven Beeinflussung des Staates durch die Unternehmer und ihre Verbände.“

3. „Das enge Verhältnis von Staat und Verbänden zeigt sich auch im immer wiederkehrenden personalpolitischen Austausch zwischen Staatsverwaltung und Arbeitgeberorganisationen….“

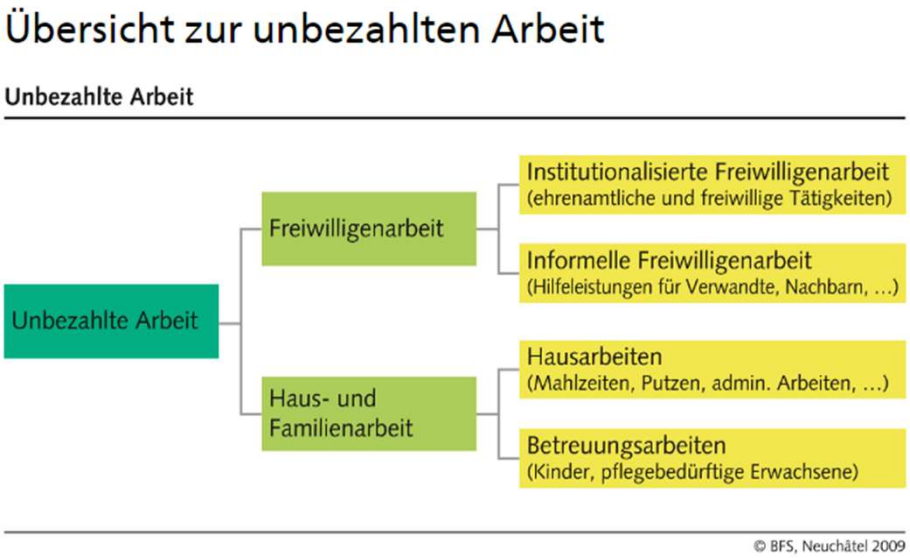
4. „Der Neoliberalismus war vor allem ein Kampfkonzept gegen die Gewerkschaften und den Sozialstaat.“….“ Anders als die Schreibtischideologen, waren die Verbände jedoch pragmatisch genug, um zu wissen, dass im «organisierten Kapitalismus» Regulierungen nötig sind, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. …Beteiligung an der Durchführung der Sozialversicherungen trägt zum Pragmatismus bei (FAK, AHV-Kassen).

5. Wichtige Rolle und Aufgaben der meisten Branchenverbände im Rahmen berufliche Aus- und Weiterbildung.

6./7. GAV spielen noch eine – teilweise sogar –noch wichtigere Rolle, vor allem wenn die allgemeingültig erklärt sind (AVE). …..“Für Neoliberale ist die AVE jedoch ein Gräuel. Nur dank der Bedeutung der Flankierenden Massnahmen für die Bilateralen Verträge versuchen sie nicht, die AVE abzuschaffen. Punkte 8 (Rolle Dienstleistungen) und 9 (Internationalisierung) siehe Link.

5. Bedarfswirtschaft: Unbezahlte Arbeiten - 408 Milliarden Franken, 9,2 Milliarden Stunden

Unbezahlte Arbeiten wie Haus- und Familienarbeit, Freiwilligenarbeit für Vereine oder Organisationen und Hilfeleistungen für Verwandte oder Bekannte sind zwar für unsere Gesellschaft unentbehrlich, ihre ökonomische Wertschätzung bleibt jedoch bis heute gering. Die Beteiligung von Frauen und Männern in diesem Bereich ist sehr unterschiedlich je nach Art der unbezahlten Tätigkeit. Quelle: BFS



Unbezahlte Arbeit: 408 Milliarden Franken, 9,2 Milliarden Stunden
Das Bundesamt für Statistik (BFS) definiert unbezahlte Arbeit als «Tätigkeiten, die nicht entlohnt werden, theoretisch jedoch durch eine Drittperson gegen Bezahlung ausgeführt werden könnten». Sie wird vom BFS in zwei Kategorien unterteilt: Freiwilligenarbeit (ehrenamtliche Tätigkeiten und Vereinsarbeit, unentgeltliche Hilfe für Angehörige oder Nachbarn usw.) sowie Haus- und Familienarbeit (Kinderbetreuung, Putzen, administrative Arbeiten usw.). Unter Frauen ist der Anteil der unbezahlten Arbeit sogar höher als derjenige der bezahlten Arbeit. Sie leisten 61,3 % der unbezahlten Arbeit, während Männer 61,6 % der bezahlten Arbeit leisten.
Der Wert der unbezahlten Arbeit beläuft sich nach Angaben des BFS auf 408 Milliarden Franken und entspricht 9,2 Milliarden Stunden (Stand 2016). Leider sind seither keine aktualisierten Statistiken mehr veröffentlicht worden. Es ist daher schwierig zu wissen, ob die Zahlen gestiegen oder gefallen sind. Zwischen 2013 und 2016 gab es einen Anstieg der unbezahlten Arbeit.

Die Freiwilligenarbeit gibt Hinweise auf die Kohäsion einer Gesellschaft und ist für verschiedene Themenbereiche der umfassenden Wohlfahrtsmessung von zentraler Bedeutung. Sie bildet einen Bestandteil des Sozialkapitals, sowohl was die persönlichen Kontakte, die Unterstützung durch das soziale Netzwerk als auch das zivile Engagement für das Gemeinwesen betrifft. Die Freiwilligenarbeit ist zudem eine Aktivität, durch die Güter und Dienstleistungen (z.B. von Jugendorganisationen, politischen Parteien, Sportvereinen) bereitgestellt werden.
Die Freiwilligenarbeit weist auch einen direkten Bezug zur Wohlfahrt auf. Einerseits ist sie Teil der Wohlfahrtsdimension „Arbeit und Freizeit“. Von Bedeutung ist hier, inwiefern die Freiwilligenarbeit mit der Erwerbsarbeit, der Haus- und Familienarbeit und der Freizeit vereinbar ist (work-life-Balance). Andererseits ist sie Teil der Wohlfahrtsdimension „Soziales Netzwerk“. Dieser Aspekt ist hier noch stärker ausgeprägt als bei der Haus- und Familienarbeit, da hier Leistungen für Institutionen und Organisationen oder andere Haushalte erbracht werden.

6. Verhalten: Freies Unternehmertum mit Profitmaximierung zugunsten der Shareholder als einziges Motiv? Realität zeigt eine Vielfalt von Marktakteuren mit breitem Spektrum strategischer und operativer Zielsetzungen.

Profitmaximierung zugunsten Shareholder: Dieses Theorem ist sowohl aus theoretischer wie auch praktischer Sicht von geringer Relevanz:

- Ein Unternehmen muss jeweilen auf seine vor- und nachgelagerten Beziehungen eingehen, diese im beidseitigen Interesse pflegen und optimieren. Dabei sind neben monetären Werten Werte wie Vertrauen, Stabilität, Verlässlichkeit etc. von Bedeutung,
- Die Abdeckung der Kundenbedürfnisse ist zentral. Dabei müssen Marken und Werte entwickelt und gepflegt werden. Erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen stellen – neben einem guten Preis/Leistungsverhältnis – weitere hohe qualitative Anforderungen, die eine zunehmend verwöhnte Käuferschaft einfordert.
- Neben den Eigentümerinteressen müssen auch die weiteren finanziellen Verflechtungen zu Banken, Versicherungen etc. gepflegt werden.
- Das öffentliche Image spielt für den Unternehmenserfolg eine immer wichtigere Rolle.
- Konkret stehen Nachhaltigkeitskonzepte hoch im Kurs. Teilweise handelt es sich um GreenWashing. Es werden auch Handlungsspielräume genutzt. In vielen Bereichen gehen Unternehmen in ihren konkreten Handlungen aber voraus.

7. Infrastrukturen, Service Public privatisieren? Infrastrukturpolitik ist ein zentraler Politikbereich von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die Steuerungshoheit der öffentlichen Hand wurde verstärkt, die Unternehmensautonomie zugunsten von mehr Marktnähe – sprich besserer Beachtung der Kundebedürfnisse, Leistungsfähigkeit sowie modernen Arbeitsbedingungen - verstärkt. Die öffentlichen Unternehmen dürfen nicht Selbstzweck sein mit Optimierung ihrer eigenen Interessen. Service Public heisst Dienst am Kunden und nicht Selbstbedienung der Eigentümer.

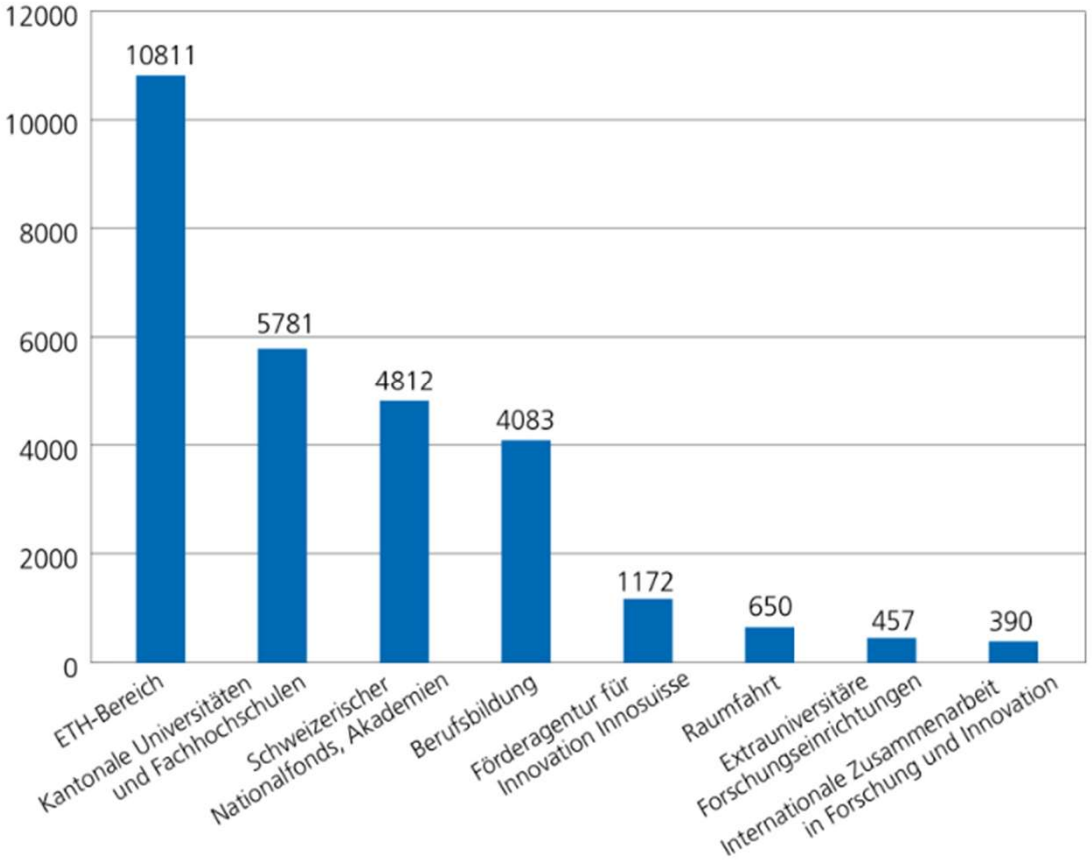
Tabelle 1: wirtschaftliche und institutionelle Verhältnisse in den Infrastruktursektoren

	Wer besitzt und betreibt die Infrastruktur?	Wie ist das Verhältnis von Monopol und Wettbewerb?	Wer finanziert die Infrastruktur?
Strasse	Bund	natürliches Monopol, freier Netzzugang	Nutzer (Treibstoffabgaben, Autobahnvignette)
Schiene	SBB: zu 100% im Besitz des Bundes Privatbahnen: mehrheitlich im Besitz von Kantonen und Bund	Infrastruktur: natürliches Monopol, regulierter Netzzugang (Trassenvergabestelle) Fernverkehr: Monopol SBB (Konzession Bund) Regionalverkehr: temporäres Monopol SBB/ Privatbahnen (Bestellung Kantone/Bund) Güterverkehr: liberalisiert (Ausnahme flächendeckender Wagenladungsverkehr: Leistungsvereinbarung Bund-SBB)	Infrastruktur: Nutzer (Trassenpreise), Staat (Investitionsbeiträge) und Strassenbenützer (Treibstoffabgaben, LSVA) Fernverkehr: Nutzer (Preise) Regionalverkehr: teilweise Nutzer (Preise), teilweise Staat (Abgeltungen) Güterverkehr: mehrheitlich Nutzer (Preise), teilweise Staat (Abgeltungen und Finanzhilfen)
Luftfahrt	Landesflughäfen: teilweise im Besitz der Kantone Flugsicherung: Skyguide zu 99,9% im Besitz des Bundes	Flughäfen und Flugsicherung: regionale natürliche Monopole im Inland, Liberalisierung und Marktöffnung im internationalen Umfeld	Nutzer (Gebühren)
Strom	Kraftwerke: zahlreiche Unternehmen, mehrheitlich im Besitz der Kantone und Gemeinden Übertragungsnetz: nationale Netzgesellschaft Swissgrid, mehrheitlich im Besitz der Kantone und Gemeinden	Stromproduktion bzw. -lieferung: teilweise liberalisiert, vollständige Marktöffnung vorgesehen Stromübertragung: natürliches Monopol, regulierter Netzzugang (ElCom)	Nutzer (Preise)
Gas	Hochdruck-Transportnetz (Transitgas, Swissgas, regionale Gesellschaften): mehrheitlich im Besitz der Gemeinden	natürliches Monopol, verhandelter Netzzugang (Branchenlösung)	Nutzer (Preise)
Telekom	Verschiedene Unternehmen in privatem und teilweise öffentlichem Besitz Swisscom: Mehrheitsbeteiligung des Bundes	Infrastruktur: Wettbewerb; Ausnahme «letzte Meile» im Kupfer-Festnetz: natürliches Monopol mit reguliertem Netzzugang (ComCom) Dienste: Wettbewerb Grundversorgung: periodisch ausgeschriebene Bundeskonzession	Nutzer (Preise)

- Der Bund hat die Hoheit über zentrale Infrastrukturnetze von nationaler Bedeutung (Stand 2011):
  - 1. Strasse: 1790 km Nationalstrassen.
  - 2. Schiene: 3011 km SBB-Strecken und 2137 km Privatbahn-Strecken.
  - 3. Luftfahrt: 3 Landesflughäfen (Zürich, Genf, Basel) und Flugsicherung (Skyguide).
  - 4. Strom: 532 Wasserkraftwerke, Kernkraftwerke, 6696 km Hochspannungsleitungen für die allgemeine Versorgung (50 Hz), rund 1600 km Hochspannungsleitungen für die Bahnstromversorgung (16,7 Hz).
  - 5. Gas: 2277 km Hochdruck-Pipelines.
  - 6. Telekom: alle Fest-, Kabel-, Mobilfunk- und Rundfunknetz.
- Wie in Folie „**Eigentum: Privat? Hoher Anteil öffentliches Eigentum»** erwähnt sind mit dem Service Public erhebliche Vermögensbestände, aber Beschäftigungseffekte verbunden. Für den Unterhalt und Ausbau werden pro Jahr Dutzende Milliarden CHF eingesetzt.
- Die Finanzierung der Infrastrukturen stellen zentrale Steuerungselemente dar, z.B. Einführung „MobilityPricing“.
- Die Infrastrukturbereiche werden zudem in vielfältiger Weise reguliert: Konzessionen, Standards, Preisvorschriften etc.
- Weitere zentrale Infrastrukturbereiche befinden sich in der Hoheit der Kantone und Gemeinden: Wasser, Abwasser, Abfall, Schulen, Spitäler etc.
- Der Einfluss der öffentlichen Hand auf die öffentlichen Infrastrukturen ist zentral, trotz wiederholten Privatisierungsdiskussionen, und hat in den meisten Bereichen – v.a. auf strategischer Ebene - eher zugenommen. Teilweise wurde den Betreibern wohl eine grössere Autonomie zugestanden, was sich primär auf eine verstärkte Ausrichtung auf den Markt bzw. die Kundenbedürfnisse auswirkte und die Leistungsfähigkeit konnte gesteigert werden. Die Beschäftigungsbedingungen haben sich praktisch durchwegs verbessert.

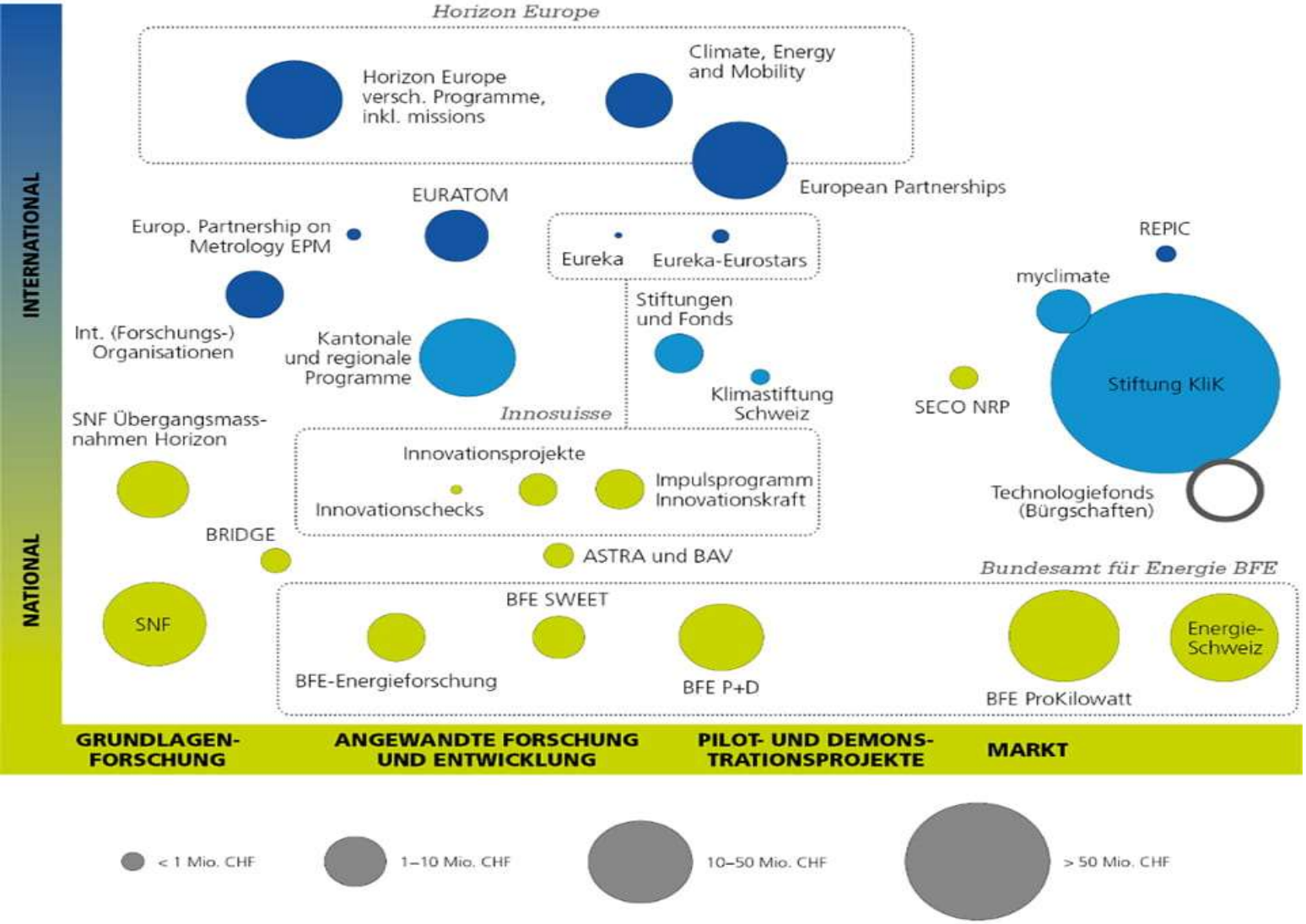
7.1. Forschungs- Bildungspolitik

Vom Bundesparlament gesprochene Mittel zur BFI-Förderung 2021–2024



- In Wahrnehmung dieses Auftrags unterstützt der Bund die freie Grundlagenforschung durch die Finanzierung des **Schweizerischen Nationalfonds** zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung und der wissenschaftlichen Akademien als so genannte **Institutionen der Forschungsförderung**;
- beauftragt der Bundesrat den Schweizerischen Nationalfonds mit der Durchführung von Programmforschung in Bereichen, wo strukturelle Schwächen des Wissenschaftssystems einen konzentrierten Einsatz verlangen oder wo wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedürfnisse gezielt wissenschaftliche Resultate benötigen: **Nationale Forschungsschwerpunkte** NFS; **Nationale Forschungsprogramme** NFP;
- gewährt der Bund Beiträge an **Forschungsinstitutionen von nationaler Bedeutung**;
- finanziert die Bundesverwaltung zahlreiche Forschungsvorhaben im Rahmen der **Ressortforschung**;
- unterstützt der Bund die internationale Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Schweizer Forschung im Rahmen **internationaler Forschungsprogramme** und **internationaler Forschungsorganisationen** sowie bilateraler Programme mit Schwerpunktländern;
- führt und finanziert der Bund **Innosuisse** als Agentur für die Förderung der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (aF&E), der Promotion des Unternehmertums, sowie des Aufbaus von Jungunternehmen.

7.2 Forschungs- und Innovationspolitik im Clean-Tech-Bereich



Innovationen mit Förderung zum Fliegen bringen

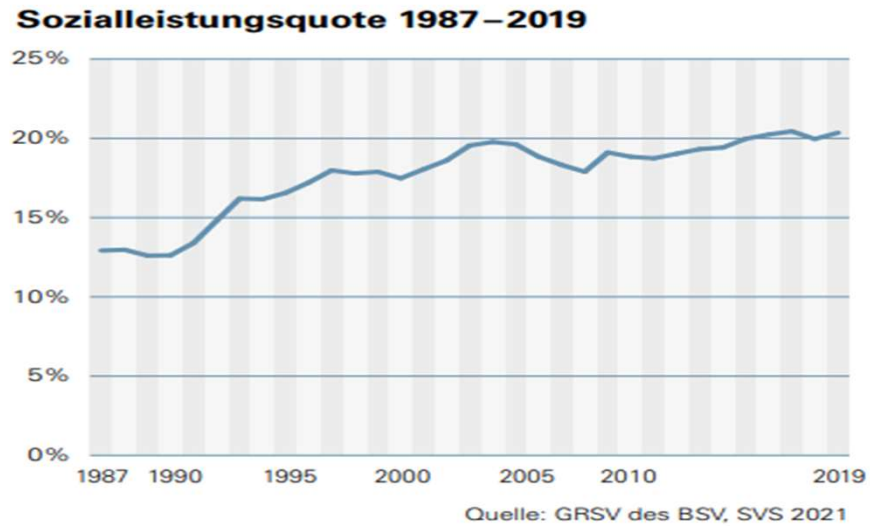
Fördermittel für Schweizer Firmen im Cleantech-Bereich.

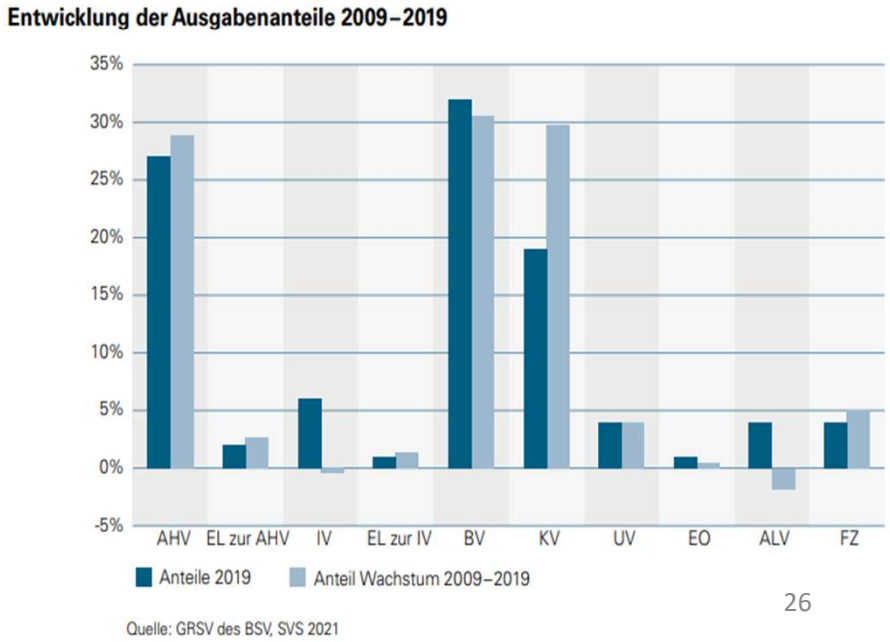
- Vielfältiges Angebot das gesamten Innovationsprozess von der Grundlagenforschung über die angewandte Forschung, Pilot- und Demonstrationsprojekten bis hin zur Markteinführung abdeckt.

8. Soziale Sicherheit: Kein Thema? Ausgebautes soziales Sicherheitsnetz mit steigendem Anteil am BIP.

Die Schweiz kennt zahlreiche Sicherheitsnetze, die die Bürgerinnen und Bürger davor schützen, in die Armut zu fallen:

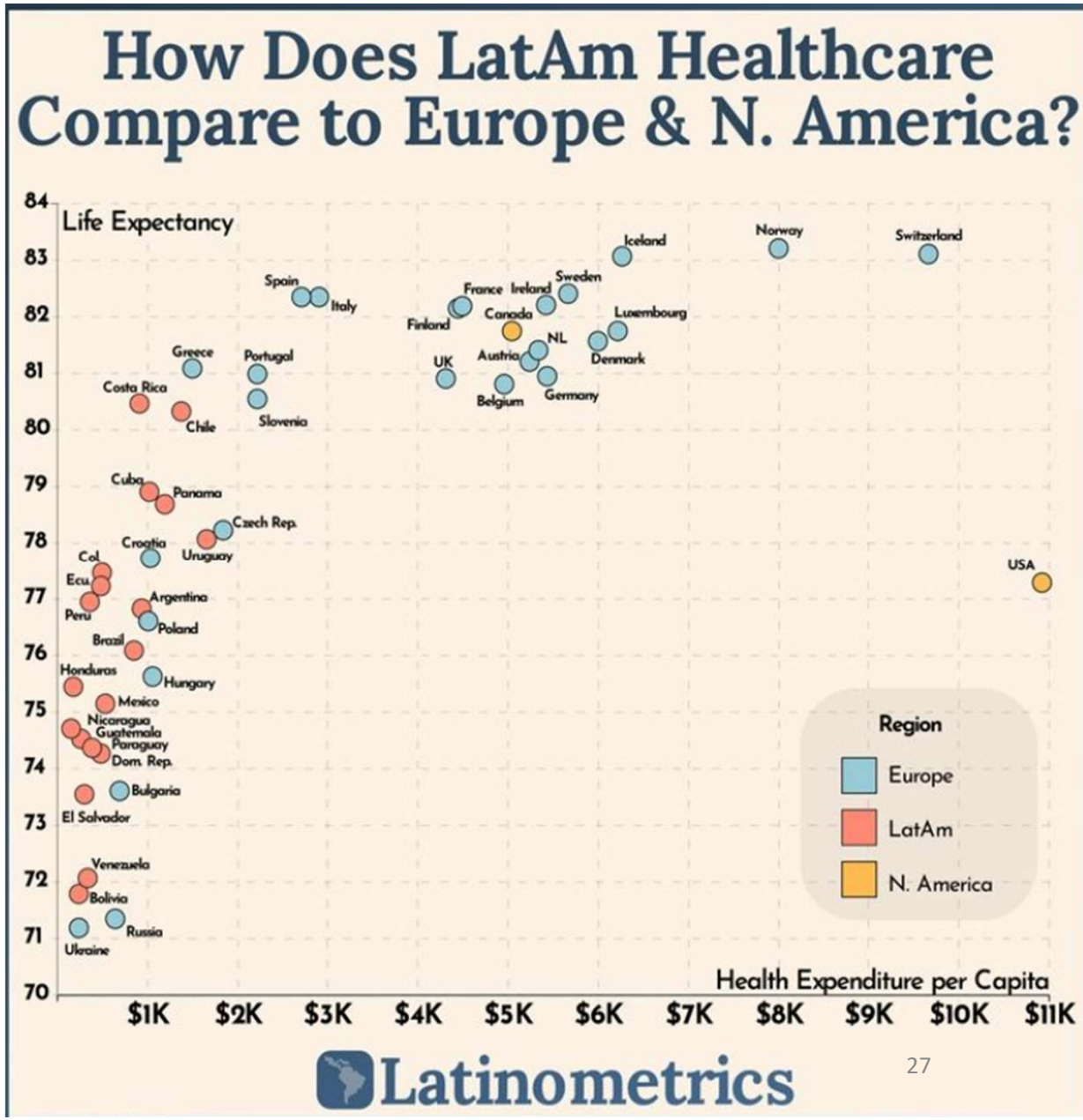
- Die Arbeitslosenversicherung gewährt 70–80 % des bisherigen Lohnes während eineinhalb Jahren.
- Sollte das nicht reichen, springt die Sozialhilfe ein – allerdings mit einem tieferen Beitrag, um die Erwerbsaufnahme attraktiv zu halten.
- Die Invalidenversicherung gewährt ein Einkommen für Menschen, die aus Krankheitsgründen nicht (voll) am Erwerbsprozess teilnehmen können.
- Die AHV und die Pensionskasse führen das Erwerbseinkommen zu rund 60 % nach der Pensionierung fort.
- Die 3. Säule dient als «Zustupf» zu diesen 60 % und erlaubt es, während der Erwerbstätigkeit steuerfrei zu sparen.
- Zahlreiche Gesamtarbeitsverträge mit branchenspezifischen Mindestlöhnen sichern die tiefsten Löhne gegen wettbewerbliches Dumping ab.
- Die flankierenden Massnahmen schützen die tiefen Löhne vor Dumping aus dem Ausland.
- Mit spezifischen Sozialtransfers unterstützt der Staat Menschen mit tiefen Einkommen – beispielsweise mit Prämienverbilligungen oder vergünstigten Krippenplätzen.
- Auf kantonaler und kommunaler Ebene kommen weitere Sozialleistungen hinzu.





8.1 Privates Gesundheitswesen? Staat, privat, Pseudowettbewerb?

- Hohe Kosten CH-Gesundheitswesen: Nur USA hat noch etwas höhere Kosten, bei um 6 Punkte geringer Lebenserwartung und – für breite Schichten der Bevölkerung, geringeren Leistungen und Qualität.
- Eine hohe Lebenserwartung haben die meisten europäischen Länder. Vielfach ist auch die Qualität als hoch zu bezeichnen. Die Kosten betragen – ausser Norwegen – in etwa die Hälfte oder noch weniger.
- Für die Schweiz werden als Kostentreiber etwa genannt:
  - Schlechter Mix Staat, viele Wettbewerber etwa bei den Krankenkassen.
  - Segmentiertes, kantonales Spitalwesen.
  - Starke Pharmaindustrie mit dominanter Preismacht.
  - Breite Leistungen
  - hoher technischer Fortschritt mit rascher Diffusion für alle.

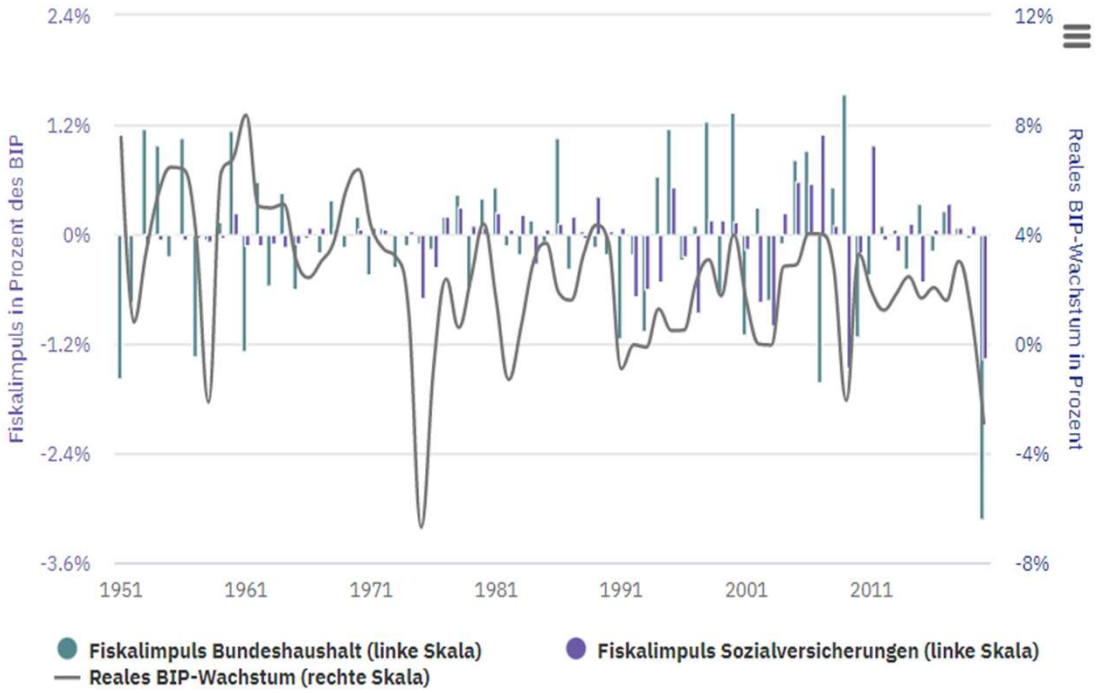


9. Konjunkturpolitik/Strukturpolitik: Unnötig. Schädlich, kontraproduktiv?

Die Schweiz treibt seit den 60-er Jahren munter Konjunkturpolitik. Ganz nach Bedarf und Ausmass der Krise. Die Impulse wirken vielfach in die richtige Richtung. Das Wachstum wird zusätzlich gestützt.
Die Interventionen von 2020 sind als beispiellos und sehr erfolgreich zu bezeichnen. Die Schweiz ist offensichtlich immer noch fähig, adäquat und wirksam auf Krisen zu reagieren.

Zeitpunkt	Ausgaben (in Mrd. Fr.)	% BIP	Fiskalimpuls
1975	2,10	1,4%	1,3%
1978	0,12	0,1%	0,7%
1983	0,90	0,4%	0,0%
1993	0,30	0,1%	1,6%
1997	0,48	0,1%	0,8%
2008	2,10 (62,10)	0,4% (10,2%)	0,6%
2020	54,10 (97,10)	7,6% (13,7%)	4,5%

Quelle: Schaltegger und Mair (2021), basierend auf Schaltegger und Weder (2010) sowie Balastér (2009) / Die Volkswirtschaft



Anmerkung: Wenn Impuls und Wirtschaftswachstum in die gleiche Richtung zeigen, liegt eine antizyklische und damit konjunkturstützende Fiskalpolitik vor. Sind sie entgegengesetzt, handelt es sich um eine prozyklische, konjunkturverschärfende Fiskalpolitik. Ein negativer Fiskalimpuls beschreibt eine Verschlechterung der Primärbilanz, ein positiver eine Verbesserung.

Quelle: BSV (2020), EFV (verschiedene Jahrgänge), Seco (verschiedene Jahrgänge), Berechnung der Autoren / Die Volkswirtschaft

9.1 Strukturpolitik: Unnötig. Schädlich, kontraproduktiv? Die Schweiz treibt seit Jahrzehnten eine umfassende Strukturpolitik zugunsten von Regionen und Branchen.

Landwirtschaft: < 50'000 Betriebe. Ca. 3.5 Mrd. CHF/a direkte Unterstützung öffentliche Hand. 20 Mrd. CHF/a Kosten inkl. Zollschutz, Umweltbelastungen, Handelshemmnisse etc. (Quelle: AvenirSuisse). Finanzieller Mitteleinsatz wird durch breites Spektrum von Regelungen begleitet: Verbote/Gebote, F&E, A&W etc. Gesetzte Ziele bezüglich dezentrale Besiedelung, Umwelt etc. werden praktisch alle verfehlt. Die Reform der verfehlten Agrarpolitik stösst beim Bauernverband sowie SVP/FDP auf grösste Schwierigkeiten. Jüngst ist von der SVP sogar eine Volksinitiative angekündigt worden, die einen höheren Selbstversorgungsgrad der Schweiz anstrebt. Dabei würden noch mehr Importe aus dem Ausland im Bereich Futtermittel, Dünger, Herbizide, Pestizide nötig. Die Biodiversität und die Umwelt würden noch mehr zerstört. Nachhaltige Varianten für die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades wie Reduktion der Tierbestände, Reduktion FoodWaste, neue Anbaumethoden werden gar nicht diskutiert. Link: https://www.blw.admin.ch/dam/blw/de/bilder/website/Politik/postulat.pdf.download.pdf/Bericht%20in%20Erf%C3%BCllung%20Postulat%20WAK-S%2020.3931_21.3015_d.pdf

Regionalpolitik (ua. Art. 103 BV, Strukturpolitik): Bund: Finanzierung von Projekten (2016-2020: 1'614 Projekte, 391 Mio.. Gesundheit, Tourismus, Industrie, Bildung, Energie, Landwirtschaft etc.) Es sollen für total 2.2 Mrd. CHF Investitionen Franken multipliziert werden. Zudem: Initiativen/Programme fördern, Förderung von Entwicklungsträgern (Geschäfts- und Fachstellen, regionale Akteure), Wissensmanagement, Überbetriebliche Vernetzung. Die Regionalpolitik soll klar weiter geführt und ausgebaut werden. Vermehrt sollen auch rein regional- und lokal orientierte Projekte, etwa im Bereich Wohnen und Arbeiten, – und nicht nur mit exportorientierter Ausrichtung – unterstützt werden.

Zum Beispiel: Bus alpin: Ergänzung für den lückenhaften ÖV im Berggebiet. Erschliesst je 20 CH-Bergregionen mit ÖV. Lokale Trägerschaften/Vereine. Nationale Trägerorganisation Verein (Bus alpin/SAB- spezielle Geschäftsstelle). Busse aller Grössenklassen im fixen Linienbetrieb bis Rufbusse, Taxi. Vielfältige Auftragnehmer. Keine öffentlichen Abgeltungen. Lokale Geldgeber, Spenden, Freiwilligenarbeit. Höhere Preise wie „normaler" abgeltungsberechtigter ÖV. Neue Gästesegmente mit Wertschöpfung in Millionenhöhe. Über 100'000 Fahrgäste mit Umstieg auf ÖV. Nutzen für Umwelt/Klima.
So funktioniert die erfolgreiche Schweiz: Dezentrale Initiativen, Zusammenspiel, Kooperation verschiedene Akteure wie „Private als Freiwillige", „Vereine mit gemeinorientier Ausrichtung" nicht nur „Staat"/"Profitorientierte Unternehmen", gemischte Finanzierungen (Einnahmen Nutzer, öffentliche Gelder, Spenden), Ausrichtung/Marketing auf neue Bedürfnisse, kontinuierliche Verbesserungen mit Blick auf Wertschöpfung gesamte Region, Klima und Umwelt.

Tourismus: Die Ziele der Tourismuspolitik des Bundes sind: Rahmenbedingungen verbessern, Unternehmertum fördern, Chancen der Digitalisierung nutzen und Attraktivität des Angebots und den Marktauftritt stärken. Zudem wird neu das Ziel «Nachhaltige Entwicklung» aufgenommen. Die wichtigsten Massnahmen sind: 1. Innotour mit Unterstützung und Förderung von Projekten. 2. Schweiz Tourismus als Marketingzentrale für das In- und Ausland. 3. Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit mit a-fond-perdu-Beiträgen und Darlehen für Infrastrukturen und Unternehmen. 4. Neue Regionalpolitik: Siehe oben. Es wird stark im Verbund – Bund, Kantone, Regionen, Gemeinden, Infrastrukturbetreiber, Unternehmen, Vereine etc. – und kooperativ gearbeitet. Pro Jahr werden von allen Akteuren mehrere Hundert Mio. CHF eingesetzt.

9. 2 Strukturpolitik: Unnötig. Schädlich, kontraproduktiv? Die Schweiz treibt seit Jahrzehnten eine umfassende Strukturpolitik zugunsten von Regionen und Branchen ff.

Unter der Marke „Schweiz Mobil“ wird eine weltweit einmalige Freizeitinfrastruktur bereit gestellt: Wandern, Velo, Mountaine-Bike, Skating, Kanu etc. Insgesamt ein Netz von über 40‘000 km also rund um die Erde. Vielfach standen bei der Initiierung und Entwicklung der Infrastrukturen private regionale Initiativen im Vordergrund. Entsprechend begeisterte Wanderer, Biker etc. fanden sich über soziale Grenzen hinweg zusammen, legten Routennetze an und entwickelten Konzepte für den Unterhalt und Betrieb. Diverse bestehende und neue Vereine unterstützten die Anstrengen. Inzwischen stehen der Bund und alle Kantone den Anstrengungen. In der Bundesverfassung sind inzwischen auch Grundsätze (Wandern 70-er Jahre, Langsamverkehr 2021). Mehr öffentliche Mittel – neben einem hohen Anteil an Spenden und zweckgebundener Finanzierung verhalfen zu einer weiteren Professionalisierung – neben einen nach wie vor hohen Anteil Freiwilligenarbeit. Die Leistungen dürften für die Volksgesundheit und die Wertschöpfung (Inland, Export) einen sehr hohen Multiplikator aufweisen. Das Zusammenspiel von privater Intitiative, Freiwilligenarbeit, Professionalisierung mit zweckgebunden Beiträgen, Spenden und öffentlichen Mitteln. Die Leistungen werden grösstenteils abseits der „grossen“ Politik über die Parteigrenzen und Interessenorientierung erbracht. Im Hintergrund wird gearbeitet, realisiert und umgesetzt. Die Mechanismen – jenseits reiner Marktmechanismen - können für viele Bereiche in der Schweiz als paradigmatisch bezeichnet werden. Die Forschung beschäftigt sich damit kaum.

Innovationspolitik: Grundlagen Bundesverfassung (Strukturpolitik) Artikel 103,. BV Art 64 (Forschung). Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG):

- Einsatz von Fördermittel Bund: Ca. 150 Mio. CHF/a
- Innosuisse - die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung des Bundes - zentrales Förderorgan des Bundes für die wissenschaftsbasierte Innovation mit national thematischen Netzwerke (NTN - Innovation Booster). Enge Kooperation, Dialog mit Wirtschaftsakteuren, namentlich Branchenverbänden, kontinuierlich im Dialog.
- Standortförderung und Wachstumspolitik vor allem auf kantonaler und regionaler Ebene: u.a. Coaching bei Geschäfts- und technologischen Innovationen wie auch thematische Cluster und Netzwerkveranstaltungen im Rahmen regionaler Innovationssysteme (RIS) unterstützen.
- Selbst von der SVP wird eine noch aktivere Innovations- und Industriepolitik vom Bund verlangt. Link: https://www.google.ch/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwju0vjR4635AhUZ8rsIHbQLAkkQFnoECAsQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.parlament.ch%2Fde%2Fratsbetrieb%2Fsuche-curia-vista%2Fgeschaeft%3FAffairId%3D20204187&usg=AOvVaw1fO-_VDJoWyuHKR0a1bwsn
- Bundesrat plant neuen Innovationsfonds: Er will den Standort Schweiz für Start-ups noch attraktiver machen. Ein branchenneutraler Innovationsfonds mit Fokus auf Dekarbonisierung und Digitalisierung soll in Zukunft die bestehenden Förderinstrumente, insbesondere jene von Innosuisse, ergänzen und den Wegfall gewisser europäischer Programme wie Horizon kompensieren.

9.3 Kunst-, Kultur sind eine private Aufgabe? Kunst-, Kultur- und Unterhaltung in der Schweiz im Spannungsfeld von Manchester-Liberalismus, Hyper-Kapitalismus und öffentlich, privater Finanzierung.

Der Umsatz der „Kunst- und Unterhaltungsbranche“ Schweiz beträgt 17,19 Milliarden CHF. (2018). Das sind immerhin rund 2 Prozent des BIP.

Auf diversen Kanälen werden Kunst, Kultur und Unterhaltung finanziert:

- Ausgaben allgemeine Kulturförderung durch Bund, Kantone und Gemeinden 676,4 Millionen Schweizer Franken.
- Für Museen und bildende Kunst: Jahr 2018 579,4 Millionen Schweizer Franken. Von den insgesamt 1.129 Museen im Jahr 2019 gab es 365 regionale und lokale Museen, 170 Kunstmuseen und 149 Technische Museen. Mit rund 1,3 Millionen Personen konnte Zürich im Jahr 2018 die meisten Museumsbesucher in der Schweiz zählen.
- Kulturausgaben für Konzerte und Theater Bund, Kantone und Gemeinden: Jahr 2018 rund 813,2 Millionen Schweizer Franken. Zürich konnte im Jahr 2019 mit 20 Theatern die meisten Schauspielstätten vorweisen, gefolgt von Basel und Bern mit jeweils 14 Theatern.
- Schweizer Bibliotheken: Öffentliche Hand: Jahr 2018 rund 371 Millionen Schweizer Franken.

- Hinzu kommen öffentliche Mittel für
  - Aus- und Weiterbildung im Bereich Kunst, Kultur an Berufsschulen, Fachhochschulen, Universitäten etc.
  - die SRG in der Höhe von ca. 1.4 Mrd. CHF mit teilweiser Verwendung im Kulturbereich.
- Neu ab Mai 2022: Zusätzliche CH-Filmförderung mit schallender Niederlage in Volksabstimmung der neoliberalen Fraktion.
- Insgesamt beträgt die öffentliche Förderung gut 3 Milliarden CHF oder rund 20% der Wertschöpfung.
- Es kommen in etwa gleicher Höhe Gelder von Privaten, Stiftungen, Vereinen und sehr viel Freiwillige Arbeit hinzu.
- Gemäss neoliberalem Paradigma werden die öffentlichen Gelder – nicht aber die privaten – in Frage gestellt. Dabei wird über Sinn und Zweck der öffentlichen Kulturförderung sehr wohl kontrovers debattiert:
  - Von wem und/oder wie intensiv wird das Angebot überhaupt genutzt?
  - Werden nicht etwa Angebote unterstützt, die einem hohen Eigennutzen haben und kaum auf grosses Interesse stossen.

Schluss

Besten Dank für Feedbacks

ruedimeier@bluewin.ch